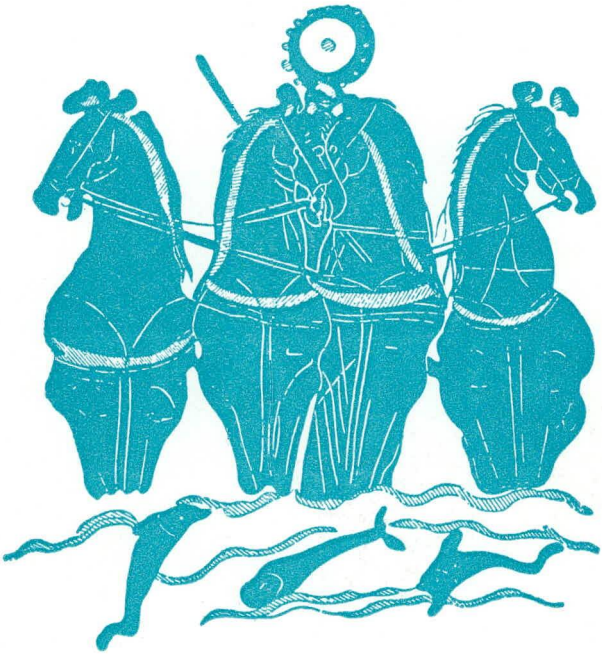

FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

FOLGE 44

Eine Stunde später stand er auf dem Gipfel des Berges, der in mehr als hundert Klaftern Tiefe senkrecht in einen Strom tauchte, der eine halbe Meile breit war. Das Wasser dieses Stromes machte ein gar schreckliches Getöse und schoß so schnell wie der Wind dahin. Auf dem anderen Ufer des Wassers erblickte man ein so angenehmes, freundliches Land, daß man meinen konnte, es sei der Paradiesgarten selber.

Auf dem Gipfel des Berges gewahrte der Mann in allen Farben eine Masse von Menschen, die ihren ganzen Mut aufgeboten hatten, um bis dahin zu kommen. Es waren solche darunter, die mit gefalteten Händen weinend auf den Knieen lagen und fortwährend riefen:

„Mein Gott, mein Gott! Mache, daß wir hinübergelangen."

Da dachte der Mann in allen Farben bei sich:

„Gott hilft nicht denen, die ihm alles zu tun übrig lassen. Diese Leute werden nicht hinübergelangen."

Andere befanden sich da, die immer mit sich zu Rate gingen, ohne sich jemals zu entscheiden, und die da sprachen:

„Es dreht sich nur darum, daß man gut abspringt. Eilen wir uns nicht, wir haben Zeit."

Da dachte der Mann in allen Farben bei sich:

„Das sind Leute, die sprechen werden, ohne jemals etwas zu tun, bis zum Jüngsten Gericht. Es gibt eine Zeit zum Sprechen und eine Zeit zum Handeln. Wer nichts wagt, gewinnt nichts. Diese Leute werden nicht hinübergelangen."

Andere waren da, die sprachen zu den übrigen:

„Tauchen wir alle auf einmal hinab. Helfen wir uns gegenseitig. Schwimmen wir zusammen. Alle zusammen."

Da dachte der Mann in allen Farben:
„Bei diesem Plan kann man nur alles geben und nichts nehmen. Diese Leute werden nicht hinübergelangen."

Da waren auch ihrer zwei oder drei, die sprangen als kühne Gesellen hinab. Anstatt aber geradeaus zu halten, wandten sie sich nach jenen um, die vom Gipfel des Berges aus zuschauten und ihnen zuriefen:

„Nach rechts! Nach links! Nicht so! Ihr seid verloren."

Diese Leute gelangten nicht hinüber, und das Wasser verschlang sie für immer. Hierauf dachte der Mann in allen Farben bei sich:

„Jetzt weiß ich, was ich zu tun habe."

Er versteckte sich hinter einem Felsen, rollte seine Gewänder zusammen und band sie sich auf den Rücken, machte das Kreuzzeichen und sprach:
„Kühn vorwärts, mein Freund!"

Er sprang ohne Furcht und Zagen. Als er wieder an der Oberfläche des Wassers erschien, griff er immer geradeaus und schwamm stark und fest wie ein Fisch, ohne sich umzublicken, ohne auf die Rufe der Leute vom Berge zu hören. Eine Stunde später kleidete er sich wieder am anderen Ufer des Stromes an.

Da grüßte der Mann in allen Farben höflich zu den Leuten hinauf, die auf der anderen Seite des Wassers waren. Diese aber erzürnten sich darüber, daß er hinübergekommen war. Sie zeigten ihm die Faust und überhäuften ihn mit Schmähungen. Er aber lachte nur und machte sich wieder auf den Weg.

Aus „Der Mann in allen Farben"
(Märchen aus der Gascogne)

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft, des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 44

Pfingsten 1965

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel

Postverlagsort: 655 Bad Kreuznach

Inhaltsübersicht

Lothar Vogel

Der Stil der freiheitlichen Gemeinschaftsordnung 3

Behrens, Eckhoff, Hummel, Neumann, Dr. H. H. Vogel, Dr. L. Vogel
K. Weinbrenner

Abschließendes Forumgespräch auf der 16. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung 9

* * *

Politische Gemeinschaftskunde 21

Jürgen Eick

Sozialer Eintopf 38

Ankündigungen und Berichte 41

18. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. vom 31. Juli bis 9. August 1965, in Herrsching/Ammersee

Der Stil der freiheitlichen Gemeinschaftsordnung

Abschlußvortrag, gehalten auf der 16. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 29. 7. bis 7. 8. 1964 in Herrsching/Ammersee*)

Gestatten Sie mir, zum Abschluß der diesjährigen Sommertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung noch einige grundsätzliche Zielgedanken auszusprechen:

Wenn wir den Menschen betrachten und in den Mittelpunkt unserer Anschauungen stellen, dann finden wir, daß diese Betrachtung des Menschen allein noch nicht genügt. Immer sind wir genötigt, auf den großen Weltumkreis zu schauen, in dem der Mensch darinnen steht — mit Ehrfurcht und Dankbarkeit des ganzen kosmischen Seins und seiner Ordnung gedenkend. Nur in einer einzigen Hinsicht ist ja der Mensch diesem Kosmos in einzelnen seltenen Augenblicken gemäß geworden. Und diese besonderen Momente, wo Mensch und Kosmos zueinander in einen Einklang kamen, das sind die großen Vorbildzustände des Seins, wo der Mensch in ersten Anfängen sich zu diesem gewaltigen Kosmos in konkrete Relation setzt. Das ist zum Beispiel geschehen in den großen Kunstperioden der Menschheit. Wenn Sie sich an die Phidias'sche Zeit erinnern — und Sie sehen da den griechischen Menschen in der Gebetshaltung mit erhobenen Armen, erhobenen Händen, dann fühlen Sie, daß in diesem seltenen Augenblick einmal in die menschliche Realität die Macht der ganzen Welt einfließen konnte und daß in solchen Augenblicken auch das, was wir menschliche Gemeinschaft nennen, menschliche Sozialität, ein wenig für ganz seltene Augenblicke der großen kosmischen Ordnung teilhaftig wird, nach der wir alle streben müssen — bis dann wieder ein Zeulo Tersites, ein Schmähelement, ein Element des Häßlichen und des Verderblichen die Ordnung zerreißt und zerstört.

---

*) Im Hinblick auf die vom 31. Juli bis 9. August stattfindende diesjährige Sommertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung drucken wir in dieser Folge „Fragen der Freiheit" den von Dr. Lothar Vogel gehaltenen Schlußvortrag der vorjährigen Tagung ab, weil darin — wie auch in dem ebenfalls in diesem Heft abgedruckten Forumgespräch — etwas vom Ziel und dem Inhalt der ganzen Seminararbeit ausgesprochen wird, die den Stil des Seminars zu charakterisieren vermögen. Red.

Wir wollen aber hinblicken auf solche großen Momente und erleben, was eigentlich möglich wäre. Nicht Skepsis und Erkenntnisangst soll uns hemmen, sondern die großen Beispiele der Geschichte sollen es uns ermöglichen, Mut und Vertrauen in unsere eigene Zukunftsaufgabe zu haben.

Da gedenke ich einer großen Verbindung, die eigentlich vorbildlich zeigt, daß Menschen nicht in ihrer Subjektivität gefesselt bleiben, sondern daß die Welt noch zwei — oder viele — vereinen kann in einem Geist, in einer großen Idee. Da ist der Freundschaftsbund als Vorbild für Momente menschlicher Hochentwicklung — der Freundschaftsbund Goethes und Schillers, aus dem ja so vieles für unsere Kultur hervorgegangen ist, was immer noch ungenutzt vor uns liegt als Aufgabe für die Zukunft. Aus diesem großen Freundschaftsbund sind ja auch soziale Ideen hervorgegangen und die diese sozialen Ideen — oder der Kern dieser sozialen Ideen aus dieser Menschenvereinigung ins Große, wo Kosmisches in menschliche Bereiche einfließen konnte — der Kern dieser sozialen Ideen ist Schillers Satz vom sozialen und pädagogischen Kunstwerk.

Wir sind aus unserer Tagungserfahrung veranlaßt zu fühlen, daß da, wo es sich um die Kunst handelt, eine besondere Realisierung von Ideellem stattgefunden hat. Und diese Realisierung wurde bezeichnet als die Realisierung aus dem Bereich der Mitte heraus. Es droht ja in unserer Zeit der „Verlust der Mitte". Dieses Empfinden geht durch unsere ganze Zeitgenossenschaft. Aber wo finden wir die Erkenntnis der Mitte? Wo erleben wir die Fülle, die die Mitte wieder auszufüllen in der Lage ist? Der Gedanke des pädagogischen und sozialen Kunstwerks lenkt uns auf diese Mitte hin.

Denken wir einmal an die Situation unserer heutigen Kunst als eines Spiegelbildes des sozialen Geschehens. Sie dokumentiert sich in unseren Ausstellungen, sie dokumentiert sich in manchen unserer zeitgenössischen Erscheinungen — und wir müssen bei aller Positivität zu diesen Bemühungen sagen: Hier hat man den Eindruck, als ob das Menschenbild in alle seine Elemente aufgelöst sei und nicht nur aufgelöst — ein Auflösungsprozeß ist ja etwas sanftes, etwas im Sinne einer umgekehrten Evolution. Hier hat man den Eindruck, die Organisationskräfte seien explosiv auseinandergefahren und nun zeigen sich die Bruchstücke chaotisch — unverbunden und unverbindbar. Und im Grunde genommen müssen wir sagen: Wenn in den sozialen Erscheinungen — und das sind die großen Gefahren in unserer Zeit — zu beobachten ist, daß keine Gliederungen mehr in den Dingen sind, sondern daß aus einem einseitig-materialistischen Denken heraus,

das man auf alles überträgt, der Zustand eintritt, daß sich alles auseinanderformt, auseinandergliedert, auseinandersprengt, daß dann eigentlich das Ganze wie ein unqualitatives amorphes Chaos erscheint — wobei allerdings immer wieder die äußersten Extreme der Entfesselung die stärkste Faszination ausüben. Denken Sie an eine Konferenz der Naturforscher, wie sie jetzt in London stattfindet, wo ein Mann wie Huxley proklamiert, aus dem menschlichen Bereich sollte eigentlich alle Moralität ausgelöscht werden, es genüge, wenn das Leben durch Intelligenz gesteuert werde (wobei hier ein absoluter Mißbrauch des Begriffes Intelligenz vorliegt). Die Folgen einer solch einseitig intellektualisierenden Betrachtung ist nichts anderes, als ein Zersplitterungssymptom der menschlichen Existenz, die sehr gravierende Folgen hat.

Und da fragen wir uns nun: Was haben wir in den großen Zeitperioden, die uns in dem Sinne vorbildlich sein können, daß man den Eindruck hat: kosmische Ordnung hat in der menschlichen Natur Platz gegriffen. Blicken wir noch einmal auf den griechischen Kulturzeitraum und sehen, wie damals in den großen Religionsströmungen etwas wie eine nördliche und wie eine südliche, südöstliche Richtung auftaucht, Strömungen, die sich in bestimmten Gottheiten offenbaren. Denken Sie an Apollon und Dionysos — an Apollon, den denkenden, formenden, richtenden Gott — und an Dionysos, den Tänzer, an die Gottheit des nächtlichen Treibens, in dem andere, unbewußte Kräfte in den Menschen einströmen und seine Triebe erfüllen. Diese Kräfte — beide für sich gesehen — haben etwas durchaus Zerstörendes, wenn sie aufeinanderprallen. Der Mensch kann keine Entscheidung fällen für diese oder jene Seite. Aber beobachten wir diese Strömungen in der Welt. Da sind sie immer vorhanden und sie sind auch in unserer Zeit nur zu deutlich wahrnehmbar. In der bestimmten Periode aber, die ich schon nannte, in der Begegnung Schillers und Goethes erleben wir, wie ganz bewußt in der damaligen Zeit aus dem Bemühen, eine dem Menschen gemäße Welt aufzubauen, auch eine Gliederung vor unsere Seele hintritt — denn damals war ja die Kultur von Seiten der Zivilisation ebenso bedroht wie in unserer Zeit. Es war auch einseitige Intellektualität, die das Sein der Menschen verödend ergriffen hatte. Und diese Intellektualität, dieser Rationalismus, der als Woge damals vom Westen hereinkam, der den Menschen als eine Maschine auffassen wollte, diese Kräfte sind ja heute immer noch am Werk und sie haben uns zum Teil, ohne daß wir uns dessen bewußt sind, auch in Besitz genommen.

Aber damals, aus dem Freundschaftsbündnis zwischen Goethe und Schiller, aus diesem geist-sozialen Geschehen heraus, kam es zu einer Gründung, von der wir viel zu wenig wissen. Friedrich

Schiller ist es nämlich gewesen, der gemeinsam mit Goethe eine Doppelströmung gründete. Diese Doppelströmung heißt Klassik und Romantik. Es ist viel zu wenig bekannt und Goethe hat es selbst ausgesprochen als er sagte: „Die meisten Menschen reden heute von Klassik und Romantik, als wenn es gegensätzliche Dinge wären und bedenken nicht, daß wir vor dreißig Jahren diese beiden Kulturströmungen inauguriert haben". — Schiller und Goethe gemeinsam, wobei das Merkwürdige ist, daß Schiller, der Klassiker, die romantische Schule gegründet — und Goethe, der eigentlich der mehr Romantische ist, die klassische Richtung hochgehalten hat. Sie erleben daran, wie hier bewußt schon das getan ist, was damit gesagt wird: „Wir müssen eine neue menschliche Kultur gründen, denn aus der Vererbung und Tradition kommt uns nichts Tragfähiges mehr zu". Schon damals wußte man, daß mit einer bloß traditionellen Pflege der Werte der Menschheit nichts mehr anzufangen ist. Man muß das, was sein soll, in die Hand nehmen. Und so ist das entstanden, was wir Klassik und Romantik nennen.

Aber wie ist das weitergegangen? Was ist aus dem Erbe hervorgegangen und was bedeutet es für uns? Wir finden, daß dieses Erleben der Polarität nach Goethes Tod im Kulturbewußtsein verlorengegangen ist. Noch einmal taucht es halb bewußt auf in den Kunstströmungen des Impressionismus und des Expressionismus. Wir haben im Impressionistischen durchaus ein apollonisch-klassisches — und im Expressionismus durchaus ein dionysisch-romantisches Element wirksam. Aber den Menschen ist dies schon nicht mehr bewußt und wir sehen, daß die allermodernste Zeit für Kultur und Kunst eigentlich bereits in einer Art Pralaya-Zustand, in einem Auflösungszustand, in einem Chaos angelangt ist, daß die Polaritäten, die auftreten — und jetzt kommt das Allerentscheidendste — nicht mehr als Polaritäten erscheinen, sondern sich in zufällige, divergierende Teile auflösen, daß eben die Polaritäten keine Steigerungen mehr hervorbringen können. Denn, wenn Sie es jetzt rückläufig anschauen erfahren Sie, daß alle großen Kulturzeiten ihre Polaritäten zu steigern wußten. Und die Probe aufs Exempel zeigt, daß in Griechenland die Polis, der griechische Staat, das soziale Kunstwerk bereits angedeutet hat in großartiger Momentaufnahme — wobei allerdings die zerstörenden, entpolarisierenden, entgliedernden, die entgöttlichenden Kräfte bald wieder einsetzten. Aber die die Polaritäten steigernden, die ordnenden Kräfte waren da. Die Polis und das Bewußtseinselement der griechischen Schicksalskunst der Tragödie hatten in sich Apollon und Dionysos vereinigt. Und so werden Sie auch die Probe machen können, daß die große deutsche Geistesgeschichte in ihrer Fruchtbarkeit, die für die nächsten fünfhundert

Jahre immer noch Verbindlichkeit hat, ebenfalls die Polaritäten zu vereinigen, das heißt zu steigern wußte.

Und da erhebt sich nun die Frage: Welches ist denn die fruchtbare Sphäre, welches ist der fruchtbare Stil der Erkenntnis und des geistigen Schaffens? —

Ich komme hier auf die Stil-Idee, die unserem Vortrag als Thema voransteht und die Frage nach dem wahren, fruchtbar-schöpferischen, ordnenden, sozialen Stil wird gestellt. Was ist Stil? Stil ist — im griechischen Sinne — die realisierte Ordnung, der realisierte Kosmos — denn Kosmos heißt Ordnung — aber aus selbständiger Erkenntnis gestaltete Ordnung! Da ist das Leitbild, das wir auch schon in einem Wort Goethes finden: „Es gibt viele Möglichkeiten: die Manier der triebhaften Auflösung der Ordnung — und was noch schlimmer und in unserer heutigen Zeit noch gefährlicher ist — die Manier der Konzentration und Verhärtung". Denken Sie sich bildhaft diese Art Polarität im Nervensystem und im Stoffwechselsystem in uns wirksam. Lösen wir uns nun in einen allgemeinen Fluß des Lebens auf — oder fangen wir an, die Dinge zu pressen und in eine abstrakte Sklerose zu bringen? Beides ist eine Gefahr, die in uns besteht. Und Goethe sagt „Das, was den Stil auszeichnet, ist, daß er niemals Manier wird, sondern daß er immer in einer Mittelsphäre, in einem schöpferisch ordnenden Leben bestehen bleibt". — Manier und Stil stehen einander gegenüber — aber es handelt sich nicht um eine Manier der Entordnung sondern es handelt sich um zwei Gefahren, die uns hier begegnen. So möchte ich darauf hinweisen, daß wahre soziale Kultur immer ein Phänomen der Mitte, immer ein Phänomen des Stils, immer ein Bekenntnis zur wahren schöpferischen Situation ist — zu der wir uns allerdings bewußt erziehen müssen.

Wir fragen uns nun weiter: Wo ist eigentlich dafür das allerhöchste Vorbild? Wo finden wir die unmittelbaren Einsichten dieser Gegebenheit? Das Gefährliche, das uns umgibt, hat Schiller ja so furchtbar mit erschütternden Worten ausgesprochen: „Ewig nur an ein einzelnes, kleines Bruchstück des Ganzen gefesselt, bildet sich der Mensch nur selbst als Bruchstück aus. Ewig nur das eintönige Geräusch des Rades, das er umtreibt, im Ohre, entwickelt er nie die Harmonie und Ordnung seines Wesens. Und anstatt die Menschheit in seiner Natur herauszuprägen, wird er bloß zu einem Abdruck eines Geschäftes, einer einzelnen isolierten Wissenschaft. Aber selbst der karge fragmentarische Anteil, der die einzelnen Glieder noch an das Ganze knüpft, hängt nicht von Formen ab, die sie sich selbsttätig geben".

Sie sehen hier, wie Schiller die Manier der Konzentration und der

Isolation und des Intellektualismus kennzeichnet — und wir fragen uns: Wo finden wir das letzte Vorbild, welches wir eigentlich suchen? — Und ich möchte damit unsere Tagung mit einem Zielgedanken beschließen, indem ich auf einige ganz zarte, oft überlesene Motive der Bergpredigt hinweise: Christus sagt den Menschen: „Ihr seid das Salz der Erde"; „Ihr seid das Licht der Welt!" — Und er schließt mit dem Wort: „Ihr, die ihr vor mir sitzt, seid Vollendete!" — Die Alten hatten das Gesetz: „Ich aber sage euch . . ." Nun erhebt sich die Freiheitssphäre, die nicht in die Polarität Gott-Mensch auseinanderfällt. Jetzt ist eigentlich das Ziel in der menschlichen Natur, das Ziel in der Weltentwicklung im Menschen selbst durch Christus ausgesprochen. Es ist ein altes geheimes Weisheitswort, mit dem ich schließen will: „Christus est vero Apollon et Dionysos". In Christus sind die Weltgegensätze überwunden — hier ist die Kraft der Individuation.

Das ist unsere wahre Aufgabe — und diese Mitte zu bilden, das ist eigentlich unsere Funktion. Eine bewußte Erfassung unserer Herzenssphäre aus der Natur des Ich, der Kraft der Individualität, als der Grund, der die Mächte der Abirrung überwältigenden, übersiegenden Mitte, die wir als Seminaraufgabe und als individuelle Aufgabe in der Ausbildung eines neuen Organons vor uns haben.

Dr. Lothar Vogel

Abschließendes Forumgespräch auf der 16. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung

in Herrsching am Ammersee vom 29. Juli bis 7. August 1964

Mitwirkende:
Eckhard Behrens, Frankfurt/Main
Heinz Eckhoff, Heidenheim/Brenz
cand. jur. Hermann Hummel, München
Oberverwaltungsrat Heinz Peter Neumann, Berlin
Dr. Heinz Hartmut Vogel, Heidenheim/Brenz
Dr. Lothar Vogel, Ulm
Dipl.-Volkswirt Peter Weinbrenner, Köln

Heinz Eckhoff: Das heutige Forumgespräch soll die sechzehnte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung, die unter dem Thema stand: Individualismus, Kollektivismus und freie Gemeinschaftsbildung noch einmal kurz zusammenfassen: Es kann sich dabei nicht darum handeln, daß nun Referate über die einzelnen Vorträge gegeben werden. Einmal sind wir dazu garnicht vorbereitet — ich habe erst vor einer Stunde davon erfahren — und wir haben uns auch nicht gegenseitig abgesprochen. Ein Vortrag sollte natürlich vorbereitet sein. Bei einem Gespräch wie diesem, darf man aber das Vertrauen in das Denken der Gesprächsteilnehmer haben. Es kann sich ja nur darum handeln, die vielen Beiträge in das Bild der Gesamtordnung des sozialen Organismus hineinzustellen und zu zeigen, wie die einzelnen Funktionen sich innerhalb dieser Ordnung vollziehen.

Wenn wir gemäß dem Namen des Seminars: Seminar für freiheitliche Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft, diese Dreiheit betrachten, so entsteht die Frage: In welchem Zusammenhang steht das Wirtschaftsleben mit dem Kulturleben, welcher Zusammenhang besteht zwischen den einzelnen Bereichen des sozialen Ganzen, wenn wir es im Sinne Euckens ordnungspolitisch betrachten. Ich möchte zunächst Herrn Dr. Heinz Hartmut Vogel bitten, kurz darauf einzugehen.

Dr. H. H. Vogel: Wie wir immer wieder gehört haben, geht Eucken von dem Gedanken der Interdependenz der Ordnungen aus. Damit meint er, daß das gesamte soziale Leben, also das Wirtschaftsleben, das Kulturleben und das Rechtsleben nicht jeweils beliebigen Ordnungen folgen können, sondern daß das Bestimmende, — das geht deutlich aus den Eucken'schen Darlegungen hervor, — um dessen Willen die Ordnungen geschaffen werden, der Mensch ist. Er sagt einmal in seinem nachgelassenen Werk: Hier geht es mir um die Ord-

nung der Wirtschaft. Das ist hier unsere besondere Aufgabe. Aber im Zentrum unserer Bestrebungen steht der freie Mensch. — Es ist also eine Ordnung, die hier angestrebt wird, die den freien Menschen zum Ziele hat, so daß er nun sprechen kann von einem Zusammenhang der Ordnungen, der Kultur, der Wirtschaft und des Rechtslebens. Es ist auf die Dauer nicht möglich, eine zentralverwaltete Kultur und eine freiheitliche Wirtschaft aufrecht zu erhalten, wie es auch nicht möglich ist, — und das wurde ja auf unserer Tagung sehr deutlich, — eine zentralverwaltete Wirtschaft, auf die Dauer oder über einige Zeit hinweg, aufrecht zu erhalten, ohne zwangsläufig auch das Kulturleben in diese zentrale Verwaltung einzubeziehen. Wir haben es ja dargestellt, daß man die Wirtschaft planen muß, wenn man sie zentral verwaltet und damit die Menschen, die darin stehen, die Pläne seiner Ausbildung usw. einplanen muß, so daß Sie daran sehen: Die Gesamtordnung ist auf das Zusammenstimmen der Gliedbereiche untereinander angewiesen und sie ist entweder eine integrale freiheitliche Ordnung oder sie ist eine totalgeplante.

Heinz Eckhoff: Nun nimmt ja innerhalb dieser Gesamtordnung das Rechtsleben eine besondere Stellung ein. Vielleicht können Sie, Herr Behrens, noch einmal auf diesen Zusammenhang — und welche Stellung das Rechtsleben innerhalb der Gesamtordnung einnimmt — eingehen.

Eckhard Behrens: Dies ist eine der interessantesten Fragen, weil man hieran das Wesen der verschiedenen Ordnungsglieder der Gesamtordnung erst deutlich zeigen kann. Zunächst einmal hat es die Rechtsordnung mit dem Staate selbst zu tun, dem Staate, der die Rechtsordnung setzt, fortentwickelt und laufend gestaltet, sie handhabt und so fort. Deshalb ist ein wesentlicher Teil des Grundgesetzes, unserer Verfassung, ein reiner Organisationsteil. Er befaßt sich mit dem Staatsaufbau, mit den verschiedenen Staatsorganen, wie diese Staatsorgane mit Menschen besetzt werden, wer die verschiedenen Ämter wahrzunehmen hat, wem das Recht der Gesetzgebung, wem das Recht der Exekutive zusteht usw. Wenn diese Ordnung intakt ist — die innere Ordnung des Staates — dann kann man erwarten, daß die Bereiche des Wirtschaftslebens und des Kulturlebens rechtlich richtig geordnet werden, denn alle ordnungspolitischen Fragen des Wirtschafts- und Kulturlebens sind Rechtsfragen. Mit den Mitteln des Rechts wird die Wirtschaftsordnung gesetzt, mit den Mitteln des Rechts wird die Kulturordnung gesetzt.

Nun sehen Sie, es ist nicht so, daß der Staat der Wirtschaft und dem Kulturleben in gleicher Weise gegenüberstünde, sondern demjenigen, was in der Wirtschaft lebt, muß der Staat begrenzend ge-

genübertreten. Er hat die Funktion, dieses Wirtschaftsleben in eine straffe feste Ordnung zu nehmen, weil die egoistischen Interessen, die hier freigesetzt werden — bewußt freigesetzt werden — im Sinne des marktwirtschaftlichen Systems, einer sehr strengen Begrenzung bedürfen, damit die vielen Mißbräuche nicht geschehen können, wie wir sie heute noch erleben und die gerade Herr Professor Diehl in seinem Vortrag angeschnitten hat: Die Verseuchung der ganzen Natur, die Verseuchung des Menschen auf dem Umweg über die Verseuchung der Natur. Und auch die Unterjochung über den Umweg des Kapitals und Bodens und sonstiger Monopole. Wir sehen immer wieder, daß der Staat der Wirtschaft gegenüber äußerst wachsam sein muß und die Rechte, die er gewährt, zur freien Entfaltung im Wirtschaftsleben, sehr eng begrenzen muß. Das bedeutet kein Dirigismus, aber einen klaren, wirklich straffen Rahmen. „Die freie Wirtschaft braucht den starken Staat" hat Eucken gesagt. Und nur in dem Maße, wie die Wirtschaft frei ist, kann andererseits der Staat Stärke und Unabhängigkeit von der Wirtschaft entwickeln. Es ist das Problem von Verbänden und Staat, über das hier ja gesprochen worden ist.

Gegenüber dem Kulturleben hat nun der Staat eine ganz andere Funktion. Hier geht es darum, freizusetzen, immer wieder Freiheit zu schaffen, damit sich der Einzelne individuell, seinem eigenen Wesen gemäß, entfalten kann, seinen Ideen folgen kann. Und nun sehen wir heute in unserer augenblicklichen Situation gerade das Umgekehrte. Die staatliche Bürokratie, der staatliche Verwaltungsapparat hat das ganze Kulturleben überzogen und in eine lückenlose Verwaltung genommen — es quasi gefesselt. Der Wirtschaft gegenüber ist er dagegen noch nicht in der Lage, das durchzusetzen, was notwendig wäre, hat er noch nicht die notwendigen Grenzen errichtet, die sein müßten. Daraus resultiert die Divergenz der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die immer störender in Erscheinung tritt. Die Tatsache, daß das Kulturleben noch so sehr hinter dem Wirtschaftsleben herhinkt, ist die Ursache davon, daß wir eine so unbefriedigende Gesamtsituation haben.

So viel möchte ich dazu sagen.

Wenn ich dann noch eines anfügen darf: anknüpfend an die Ausführungen von Dr. Lothar Vogel. Sie werden es vielleicht nicht ganz verstanden haben — und im ersten Moment, muß ich gestehen, erging es mir auch so — weshalb er einen Analogieschluß zog zwischen dem Wirtschaftsleben mit der Nerven-Sinnes-Organisation im Menschen und dem Kulturleben und der Stoffwechsel-Gliedmaßen-Organisation des Menschen. Sehen Sie, das ist darin begründet, daß Dr.

Vogel rein auf die Ordnungsformen gesehen hat. Das Nerven-Sinnessystem ist das am straffsten geordnete System im menschlichen Organismus, während das Stoffwechsel-System das am stärksten in Bewegung und in laufender Veränderung befindliche System ist. Dasselbe gilt für das Wirtschaftsleben, wie ich es eben sagte: Es ist dasjenige System, das am stärksten durchformt und am straffsten geordnet sein muß. Es muß eine freiheitliche Ordnung — aber eine straffe Ordnung haben, während gerade das Kulturleben einen mehr dynamischen Ordnungsrahmen braucht, einen Ordnungsrahmen, der einer ständigen Umgestaltung fähig ist.

Heinz Eckhoff: Wir haben eben gehört, wie das Rechtsleben die Gesamtordnung schafft, die für das Wirtschaftsleben begrenzend sein muß — für das Geistesleben befreiend, daß sich die Individualität dort frei entfalten kann.

Es besteht nun die Frage: Wie kann auch innerhalb des Wirtschaftslebens, in einer freien Marktwirtschaft, die Individualität zur Entfaltung kommen, wenn eine straffe Ordnung besteht. Was sind die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft? Vielleicht darf ich Herrn Weinbrenner bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Peter Weinbrenner: Hier müßte man wieder ausgehen von den Normen, die uns die Rechtsordnung als den äußeren Rahmen setzt, innerhalb dem sich dann die Wirtschaft zu entfalten hat. So können wir auch hier von der Rechtsordnung, am besten aus der Verfassung, die Freiheitsrechte ableiten, die dem Menschen grundsätzlich in einem freiheitlichen Staat gewährleistet werden. Wir streifen deshalb ganz kurz die wichtigsten Bestimmungen. Da ist zu erwähnen der Artikel 1, der die Würde des Menschen garantiert und insbesondere — und das ist ein Artikel, der eben ganz bedeutsam ist für die Interpretation des Wirtschaftslebens — Artikel 2. Er garantiert bekanntlich die freie Entfaltung der Persönlichkeit und das ist vielleicht der tragende Artikel der Rechtsordnung, den wir im Auge haben müssen, wenn wir die Frage beantworten wollen: Welche Wirtschaftsform kann nach diesem Artikel der Würde des Menschen entsprechen? Das ist die freie Wirtschaft, eine Wirtschaft, die nach dem Wettbewerbsprinzip, nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip organisiert ist, in der die Grundsätze der Vertragsfreiheit der Individualitäten garantiert sind, in der auch der Grundsatz des Privateigentums garantiert ist und die zusammen erst ermöglichen, daß die Menschen in völlig freier Gestaltung des Wirtschaftens miteinander in Kontakt treten, und ihre individuellen Pläne aufeinander abstimmen können über den Markt. Man könnte noch den Artikel 12 heranziehen, als tragendes Prinzip. Er gewährt die freie Berufswahl und -ausübung,

Artikel 14 die Eigentumsgarantie. Aus diesen Normen, die uns die Rechtsordnung heute setzt, leiten wir aus den interdependenten Bezügen die Form der freien Marktwirtschaft ab.

Heinz Eckhoff: Ich glaube, es ist klar geworden, daß es sich durchgängig um das Prinzip der Freiheit, daß es sich also um eine freiheitliche Ordnung im gesamten handelt. Nun haben wir aber auch noch die Probleme durchgesprochen, wie Grund und Boden und auf der anderen Seite das Geld in diese Gesamtordnung hineingestellt werden müssen, wenn die Freiheit gewährleistet sein soll. Darf ich Herrn Neumann bitten, dazu Stellung zu nehmen.

Heinz Peter Neumann: Es wurde eben schon ausgeführt, daß das Grundgesetz eine freiheitliche Wirtschaftsordnung fordert. Ich habe in meinem Referat darzustellen versucht, daß die Juristen das so ansehen, daß sie auf der einen Seite die Freiheit sehen, die freie Wirtschaft und auf der anderen Seite das Sozialstaatsprinzip, das nunmehr die freie Wirtschaft begrenzt, und zwar verstehen sie da unter dem Sozialstaatsprinzip die Gesamtheit der Arbeitsschutzgesetzgebung, der sozialpolitischen Gesetzgebung, die ja schon ein uferloses Ausmaß angenommen hat und alles das, was weiter an staatlichen Maßnahmen, die die Marktwirtschaft irgendwie kompensieren oder die zu ihrer Begrenzung geschaffen werden. Eine andere Auffassung von der freien Wirtschaft und des Verhältnisses dieses Freiheitsprinzips zum Sozialstaatsprinzip haben ja diejenigen Juristen und vor allen Dingen Volkswirtschaftler, die in Ordnungen denken und die erkennen, daß eine wirklich freie Wirtschaft zugleich sozial ist. Und wirklich frei ist eine Wirtschaft, die monopolfrei ist. Wirklich frei ist eine Wirtschaft, in der der Wettbewerb auf der Grundlage der gleichen Startbedingungen erfolgt, wo er fair ist. Darum bemüht sich der heutige Staat im Antikartellgesetz. Herr Professor Diehl stellte am Beispiel der großen Konzerne, das man verhundertfachen könnte, dar, daß dieses Antikartellgesetz nicht funktioniert. Es funktioniert deshalb nicht, weil Kartelle und Konzerne und alle ähnlichen Machtzusammenballungen — auch die Interessenverbände — im Grunde nur sekundäre Erscheinungen sind.

Sie sind Sekundärerscheinungen oder sekundäre Monopole, die gegründet sind auf dem Morastboden des Kapitalismus, der konstituiert wird durch die beiden Grundmonopole des Geldes und des Bodens. Das Bodenmonopol ist unmittelbar einsichtig: die Erdoberfläche ist begrenzt; diejenigen, die Inhaber des Bodens sind, schließen alle anderen aus; der Wettbewerb um den Boden ist von Natur her bedingt; es ist eine Aufgabe des Rechtes, dafür su sorgen, daß diese Monopolmacht, die von Natur her entstanden ist, die auch nicht beseitigt

werden kann, sondern die nur auf soziale Weise der Gemeinschaft zunutze gemacht werden kann, verrechtigt wird durch ein soziales Bodenrecht.

Mit dem Geldwesen ist es ähnlich; das Geld ist ebenfalls in unserer Wirtschaft ein Monopol. Man erkennt es daran, daß in unserer Wirtschaft die Voraussetzung für die Produktion immer der Zins, die „Rendite" ist. Das Geldmonopol ist die Quelle des Zinses. Der Kapitalismus ist ein großer tönerner Koloß, der von Marx ganz falsch gesehen wurde im Privateigentum an den Produktionsmitteln. Damit hat Marx für ein Jahrhundert die Lösung der sozialen Frage verhindert oder wenigstens aufgeschoben und die Denkrichtung ganzer Generationen der Intelligenz in eine falsche Richtung gelenkt. In Wirklichkeit ist der Kapitalismus eine Erscheinung unseres Geldwesens. Er ist begründet in der Überlegenheit des Geldes über die Ware, die zum Zinswesen führt, die zu vielen der Unsinnigkeiten führt, unter denen wir leiden. Das soll hier genügen.

Es ist also unmittelbar einsichtig, daß irgendwelche kompromißhaften Maßnahmen nicht ausreichen und daß wir uns schon zu den G r u n d l a g e n begeben müssen, wenn wir eine Chance des Überlebens haben wollen. Ich möchte deshalb hier noch etwas hinzufügen: Wir wollen uns doch deutlich vor Augen führen, daß es mit Appellen heute nicht getan ist, sondern fragen wir uns doch noch einmal: Warum hat sich der Staat zu einem derartigen hypertrophierenden Machtgebilde ausgebildet? Und machen wir es uns nicht so leicht, wie es sich die meisten Soziologen, Politiker und Zeitungsschreiber machen, die dann sagen: Na ja, das ist die moderne Massengesellschaft. Die industrielle Massengesellschaft verlangt eben diesen großen Staatsapparat. Nein, meine Damen und Herren, das müssen wir mit aller Rigorosität zurückführen auf das, was w i r k l i c h ist.

Der moderne Staat ist n i c h t eine Folge der industriellen Massengesellschaft. Die industrielle Massengesellschaft ist nichts als eine Verfeinerung der Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung als solche führt aber nicht zur Hypertrophie des Staates. Die liegt ganz woanders begründet. Die liegt begründet im kapitalistischen Wirtschaftssystem, in nichts anderem. Das kapitalistische Wirtschaftssystem sorgt durch Krisen und Kriege, Deflationen und Inflationen dafür, daß die Menschen permanent von einer Notlage in die andere geworfen werden, daß sie immer wieder vermögenslos und nackt dastehen, nach der Hilfe des Staates rufen müssen, so daß wir nach jeder, aber auch nach jeder Krise und Katastrophe erleben, daß der Staat wieder um ein gutes Stück größer wird. Das haben wir nach dem Ersten Weltkrieg erlebt, das haben wir nach der Inflation erlebt, das haben wir in der

großen Weltwirtschaftskrise erlebt, das haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt! Hier liegen die Gründe und nicht in der industriellen Massengesellschaft. Machen wir uns das nicht so leicht, sehen wir die Dinge wirklich von der Wurzel aus an, sonst bleiben alle Appelle, den Gemeinsinn zu wecken und doch den Staat nicht hypertrophieren zu lassen, vergebens. Von diesem Sinne her wollen wir unser Tagungsthema „Individualismus, Kollektivismus und freie Gemeinschaftsbildung" verstehen.

Heinz Eckhoff: Ich glaube, es ist deutlich geworden, daß ein Geldrecht und ein Bodenrecht in dem Sinne, wie es vorgetragen worden ist, notwendig ist, damit eine freie soziale Marktwirtschaft überhaupt möglich ist. Geld und Boden sind heute noch die großen Störungsfaktoren.

Eckhard Behrens: Ich möchte hier eine kleine Ergänzung anbringen. Es läßt sich im einzelnen zeigen, daß mit der Geldreform die Bodenreform zwingend wird. Das wollen wir hier nicht tun, das hat Herr Herbert K. R. Müller in seinem Vortrag bereits getan. Es läßt sich genau so zeigen, daß die Bereinigung der Fehler im Geldwesen — und sei es nur mit dem Notmittel der schleichenden Inflation — auch den dritten Produktionsfaktor, die Arbeit, nicht unberührt läßt. Es ist dieses Mal noch garnicht davon gesprochen worden, daß das Arbeitsverhältnis, wie wir es heute kennen, auf eine völlig neue Grundlage gestellt wird, wenn sich das Machtverhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter ändert. Das Machtverhältnis, das in der Knappheit der Arbeitsplätze begründet gewesen ist, und nun durch die Dauervollbeschäftigung umgekehrt worden ist. Jedenfalls, der Anfang der Umkehrung ist gemacht, der Anfang einer Neuorientierung ist gemacht, die allerersten Kinderkrankheiten sind auch bereits überstanden, denn als 1958 die Dauervollbeschäftigung, die wir jetzt haben, richtig einsetzte, da zeigten sich zunächst eine ganze Reihe unliebsamer Nebenerscheinungen, wie die große Fluktualität der Arbeitskräfte und die einsetzende und einreißende Bummelei. Wenn man diesem Problem nachgeht, dann sieht man, daß das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter aufhört, ein Subordinationsverhältnis, ein Unterordnungsverhältnis zu sein, daß es dahin tendiert, eine freie Gemeinschaft zu bilden zwischen Unternehmern und Arbeitern. Der Arbeiter soll ein freier Gesellschafter des Unternehmens werden. Wenn man diesen Gedanken auch nur ein wenig in sich bewegt, dann sieht man, welch eine Umstürzung der Vorstellungen das mit sich bringen wird. Es ist nicht ganz unvernünftig, es ist selbstverständlich — darüber können wir heute hier nicht sprechen. Aber ich wollte das angedeutet haben, weil es doch von ganz außerordentlicher Wichtigkeit ist. Die Arbeit wird aufhören, eine Ware zu

sein. Auch dieses alte sozialistische Schlagwort wird seine Erfüllung finden.

Heinz Eckhoff: Das war noch sehr wichtig und es zeigt ja nur, daß wir es hier mit einem sozialen Organismus zu tun haben und daß dauernd Zusammenhänge, Interdependenzen in diesem Organismus zwischen seinen einzelnen Gliedern wirksam sind. Man könnte hier vielleicht sagen: Ja nun, was hat das mit dem Zins zu tun? Aber wenn irgendwo im Organismus ein Krebsgeschwür ist, dann ist der gesamte Organismus krank. Und die Dinge, die hier aufgezeigt worden sind, sind wirklich die Krebsgeschwüre des sozialen Organismus und er kann nur gesunden, wenn wir eine organische Gesamtordnung der verschiedenen Kräfte zustande bringen.

Nun haben wir bisher über das Wirtschaftsleben gesprochen, aber es zeigt sich deutlich, daß Zusammenhänge bestehen zwischen Wirtschaftsleben und Geistesleben. Das Kulturleben bringt ja die Ideen, die Erfindungen — überhaupt alles — hervor, was wir im Wirtschaftsleben haben als treibende Kraft, als Entfaltung der Persönlichkeit, der Unternehmerpersönlichkeit. Andererseits kommt alles, was das Geistesleben trägt, durch finanzielle Mittel aus dem Wirtschaftsleben. Hier bestehen auch wieder die Zusammenhänge und ich möchte Herrn Dr. Lothar Vogel bitten, einmal über die Grundlagen eines freien Geisteslebens zu sprechen.

Dr. Lothar Vogel: Bisher ist es ja so gewesen, daß die Kultur in der Vergangenheit eine Stellung einnahm, die wir im Zusammenhang eigentlich als die Religion des Menschen, als die religiöse Organisation erlebt haben. Wenn wir in die alten Kulturen zurückblicken, dann sehen wir, daß eigentlich von dem religiösen Leben her, also vom Geistesleben her, mit dem ausgesprochen geistigen Charakter der Offenbarung des Göttlichen, das ganze Sozialleben geordnet worden ist. Das ist der Zustand im alten Ägypten und wir erleben, wie in den fortschreitenden Kulturen, besonders in Griechenland, diese religiöse Autorität mehr und mehr zurücktritt und an ihre Stelle das langsam freiwerdende individuelle geistige Entscheiden tritt. Wir sehen und haben gesehen, besonders in dem Vortrag von Herrn Wulf, wie die Philosophie aus dem Ganzen des geistigen Geordnetseins herausgetreten ist. Aber diese Philosophie ist immer noch eine Welt, die damals eigentlich nur ganz hervorragende Persönlichkeiten erreichte. Und in der weiteren Entwicklung erleben wir dann, wie in unserer Kultur die geistige Selbständigkeit Angelegenheit eines jeden Menschen wird. Nicht nur im Hinblick auf die wissenschaftliche Entwicklung, sondern auch im Hinblick auf die religiöse Entscheidung. So setzt die Reformation ein und bringt die individuelle Gewissensentscheidung des Einzelnen — und in unserer Zeit

ist es bereits dahin gekommen, daß wir die individuelle geistige Potenz jedes einzelnen Menschen im Auge haben müssen. Damit verlangen wir und müssen wir erwarten, daß die gesamte geistige Führung im pädagogischen Felde und im Forschungsfelde diesem Anspruch mehr und mehr Raum gibt. Da muß nun das, was bisher ebenfalls religiös begründet war, nämlich der Staat und die Rechtsordnung, von diesem geistigen Anspruch zurückweichen und muß das geistige Leben völlig in die Selbstverwaltung entlassen. Die volle geistige Freiheit besteht heute sozial noch nicht. Wir haben eine gewisse Freiheit im Vordergrund der Meinungsbildung — aber verwaltungsrechtlich gesehen besteht noch keine geistige Freiheit in unserer Zeit, sondern es besteht vielmehr im Hintergrund immer noch der geistige Anspruch autoritärer Art, der sich in Gruppenorganisationen und im Staate geltend macht. Und aus diesem Grunde möchte auch die Staatsverwaltung das Bildungswesen nicht entlassen. Aber auch in unserem Sinne, politisch gesehen, ist es gar nichts anderes, als eine Konsequenz, wenn wir nicht nur fordern und dahin zielen, daß einmal Privatschulen die gleichen Rechte haben, wie entsprechende behördliche Institutionen, sondern, daß grundsätzlich das Bildungswesen aus der Verwaltung durch den Staat entlassen wird.

Dr. H. H. Vogel: Aus dem Ihnen eben Dargestellten geht auch das deutlich hervor, daß der heranwachsende Mensch von daher gesehen einen Anspruch hat auf seine rein menschliche Entwicklung zum Menschen, zu seiner vollmenschlichen Persönlichkeit und das antiquierte, im Nachklang an das alte Ägypten hierarchisch orientierte Bildungssystem ein vollständiger Anachronismus ist. Man geht nämlich von der Vorstellung aus — das haben wir ja deutlich gesehen — es gäbe einen Menschentyp, der vorwiegend praktisch veranlagt ist, es gäbe einen Menschentyp, der so für mittlere und geistige Leistung, halb praktisch und halb geistig veranlagt sei und es gäbe einen geistigen Menschentyp, was wir ja in dem Rahmenplan des deutschen Ausschusses für das Erziehungswesen noch immer darinnen stecken haben. Ein solches Angebot, eine solche Vorstellung innerhalb der Erziehung ist heute längst schon seit Jahrhunderten überholt und wir müssen ein einheitliches Erziehungswesen schaffen, in dem der Mensch einen Totalanspruch auf Erziehung bis zu seinem vollen Erwachsensein hat und er nicht präformiert werden darf für eine mehr als antiquierte Gesellschaftsform und -Ordnung.

Heinz Eckhoff: Die Verwirklichung der Gesamtordnung würde bedeuten, daß ein soziales Kunstwerk entsteht, wofür es ein Vorbild noch nie auf der Erde gegeben hat. Und dazu sind wir auf-

gerufen, das zu verwirklichen, was sich ganz aus diesem ordnungspolitischen Denken heraus entwickeln läßt. Es wäre dies die Verwirklichung der Würde des Menschen in der sozialen Gesamtordnung. Und ich möchte Herrn Hummel bitten, über die Würde des Menschen, wie sie in der Gesamtordnung steht, zu sprechen.

Hermann Hummel: Es gibt nicht mehr Recht wie rechtliche Menschen! Das haben uns Auschwitz, Katyn, Algier usw. gezeigt. Deswegen müssen wir selber im alltäglichen Arbeiten und Wirken Recht vollziehen. So viel ist nur wirkliches Recht. Und es kann nicht von Nichts etwas kommen, es gibt keine creatio ex nihilo. Das heißt, die Menschen müssen sich von Generation zu Generation das Erarbeitete weiterreichen. Da darf aber nicht die Schule den Verbindungsfaden abschneiden, indem sie sich von Politikern sagen läßt: Heute geht es nur, nur, nur um den Nachwuchs für das Sozialprodukt, um die Vorbereitung für die Arbeitswelt. Das Seminar für freiheitliche Ordnung muß sich dagegen ganz scharf wehren, daß die Schule vergißt, daß der Mensch, wenn er in der Schule ist, moralische Willensbildung und Pflege des freien Urteils mit derselben Wichtigkeit zu lernen hat. Denn, wenn er zu seiner Menschenwürde kommen soll, dann heißt das, daß er sein ganzes Menschsein erkennen soll — und zwar erkennen soll in Freiheit — und ja oder nein dazu sagen, Denn die deutsche Verfassung, die jetzige deutsche Verfassung, ist in der ganzen Welt dafür angesehen, freiheitlich zu sein, d. h. die Würde des Menschen zu gewährleisten. Sie ist die jüngste und ist nach dem schrecklichsten bekannten Geschehen dafür angesehen, daß sie die höchsten Menschheitswerte zum Ausdruck bringt. Wir leben nicht mehr wie 1776, in einer Verfassung, wo als oberste Grundsätze Leben, Freiheit und Streben nach Glück gelten, sondern wir haben umfassender erkannt: Leben, Freiheit und Menschenwürde! Diese Menschenwürde fassen wir auf als ein Naturrecht und wir bereinigen endlich einmal die seit vielen Jahrhunderten umstrittene und groß ausgestrittene Diskussion, was Naturrecht sei. Naturrecht heißt nichts anderes, als die gesamte vitale und ideale Natur des Menschen einfach zu erkennen, offenzulegen und sie als sein Recht auf seine Lebensverwirklichung zu fordern. Deswegen ist für eine freiheitliche Ordnung das allerwichtigste die Erziehung zur Würde unserer Kinder und die Erziehung zur Würde unserer Kinder ist das Naturrecht des Kindes.

Heinz Eckhoff: Es wurde deutlich, daß der Mensch das Maß aller Dinge ist. Er ist auch der Maßstab für eine Sozialordnung. Er steht im Mittelpunkt einer Sozialordnung und was wir hier im Seminar versucht haben darzustellen war, wie der Mensch in dieser freiheitlichen sozialen Gesamtordnung sich als Persönlichkeit entfalten

kann, wie er im Wirtschaftsleben mit anderen tätig ist und wie er innerhalb der Rechtsordnung das Verhältnis von Mensch zu Mensch pflegt.

Dr. H. H. Vogel: Es bliebe noch die Frage nach der Möglichkeit der Realisierung über das Verfassungsrecht zu stellen.

Eckhard Behrens: Ja, das wollte ich auch noch gerade sagen. Wir haben uns in diesen Seminaren in ganz besonderem Maße mit dem Verfassungsrecht befaßt. Das geschah und geschieht aus der Einsicht der Erfahrung heraus, daß sich viele freiheitliche Forderungen heute im Wege der Verfassungsklage durchsetzen lassen. Wir haben im Rahmen der Beschäftigung mit der Verfassung uns mit den Fragen der Wirtschaftsordnung befaßt und wir haben uns mit den Fragen der Kulturordnung befaßt. Sie wissen, daß alles, was in den Rahmen der heute in der Allgemeinheit verstandenen Marktwirtschaft — also von den Neoliberalen insbesondere geprägten Marktwirtschaft — an Verstößen gegen die Freiheit stattfindet, nach und nach von Anderen vor die Verfassungsgerichte getragen und von diesen anderen auch gut begründet werden wird. Für uns ist es für die ferne Zukunft eine Frage — ich sage mit Recht für die ferne Zukunft — wie weit wir die Probleme des Geldes und Bodens einmal vor dem Verfassungsgericht zur Sprache bringen können. Für uns ist es zunächst wichtig, alle Argumente, die unseren Vorschlägen entgegengehalten werden und die versuchen, sich auf die Verfassung zu stützen, zunächst auch verfassungsrechtlich wieder zu entkräften. Jedem Bodenreformer wird z. B. sofort das Privateigentum, das im Artikel 14 garantiert sei, entgegengehalten. Da genügt dann bereits der einfache Verweis auf Artikel 15, um diese Schwätzer zum Schweigen zu bringen. Ich bekam gerade heute einen Brief des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Städtebau und Wohnungswesen gezeigt, in dem dieser darauf verweist, daß den bodenreformerischen Vorschlägen die Eigentumsgarantie im Grundgesetz entgegenstehe. Der Mann weiß natürlich ganz genau, daß es auch einen Artikel 15 gibt. Und wenn wir uns mit Bodenreformfragen befassen, müssen wir eben auch die verfassungsrechtliche Grundlage kennen, um derartige Quasi-Argumente sofort zu entkräften. Noch viel wichtiger ist in unserem Kreise aber die Befassung mit den kulturpolitischen Fragen, weil wir — und das haben wir ja hier mehrfach herausgestellt — feststellen müssen, daß das Kulturleben mit der Entwicklung unserer Gesellschaftsordnung als Ganzes am wenigsten Schritt gehalten hat. Die ganze Struktur unserer Ordnung gerät irgendwie aus den Fugen, wenn sich das Wirtschaftsleben immer weiter gut entwickelt und das Geistesleben einfach nicht hinterher kommen kann. Wir treiben in einen unglaublichen Zivilisationsrummel hinein, wenn wir das Kulturleben nicht rechtzeitig zur

Entfaltung bringen. Aus diesem Grunde haben wir schon vor längerer Zeit die Gesellschaft zur Förderung eines freien öffentlichen Bildungswesen e.V.*,) gegründet, deren Vorsitzender Dr. H. H. Vogel ist, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die verfassungsrechtliche Argumentation auf diesem Gebiet ganz besonders zu pflegen und vielleicht auch eines Tages Verfassungsklagen zu unterstützen. Es setzt das voraus, daß sich Menschen finden, die den konkreten Konflikt des staatlichen Bildungswesens bereit sind vor den Gerichten auszutragen und es setzt das voraus, daß dann auch, wenn es soweit ist, die nötigen Mittel dazu vorhanden sind. Schon jetzt ist die geistige Vorarbeit mit vielen Finanz- und persönlichen Opfern verbunden, aber wir können feststellen, daß angesichts der ganz bescheidenen finanziellen Mittel, die bisher hinter dieser Gesellschaft standen und der relativ geringen Anstrengung, die wir bisher machen konnten, das, was wir erreicht haben, schon ganz enorm viel bedeutet und auch für die heutige Praxis der freien Schule ganz enorm viel bedeuten könnte. Die freien Schulen haben es bisher nur teilweise aufgegriffen — es ist das natürlich auch ein Prozeß der Bewußtseinsbildung, daß sie sich aus dieser Staatsabhängigkeit, in der sie sich fühlen, zunächst einmal innerlich freimachen und dann für das Recht, das ihnen zusteht, auch kämpfen, das nicht nur ihr privates Recht ist, sondern das Recht sozusagen der künftigen Generation auf eine bessere Ordnung ist. Wir müssen das immer bedenken. Und wir sind weiter dabei, die verfassungsrechtliche Untermauerung der Freiheit des Bildungswesens auszubauen. Wir können jetzt schon sagen, daß es uns möglich sein wird, Verfassungsklagen rechtlich so zu fundieren, daß vertretbare, sehr große Chancen bestehen, damit durchzukommen und die Freiheit im Freiheitsraum der freien Schulen und auch der Lehrer in den staatlichen Schulen enorm auszudehnen. Das sei hier zum Schluß noch gesagt und ich möchte Ihnen ausdrücklich die Gesellschaft zur Förderung eines freien öffentlichen Bildungswesens ans Herz legen und Ihnen auch nahelegen, sie zu fördern, sie zu erwähnen in Ihrem Bekanntenkreis zum Wohle unserer Lehrer, zur Verstärkung der Tapferkeit und auch unter eventuellen Geldgebern zur Stärkung der Finanzen dieses Vereins.

*) Sitz: Heidenheim, Brucknerstraße 1

Die politische Gemeinschaftskunde

Fortsetzung des mit Folge 29 der Schriftenreihe FRAGEN DER FREIHEIT mit einem Beitrag von Rüdiger Frank, Mitarbeiter des Walter-Eucken-Institutes in Freiburg/Breisgau eingeleiteten und mit Folge 30 begonnenen Abdruckes einer Unterrichtsskizze aus dem Fach der Politischen Gemeinschaftskunde in der Berufsschule. Die mit Folge 41 beginnenden Fortsetzungen der Politischen Gemeinschaftskunde und Geschichte, wie sie das dritte Berufsschuljahr und der Unterricht in den oberen Klassen der Höheren Schulen fordern, möchten dem Lehrer skizzenhaft ein Gerüst zur deduktiven Gestaltung und Ordnung des so komplizierten und unübersichtlichen Stoffes der neueren Geschichte geben. Bei dieser geschichtlichen Darstellung ist besonderer Wert auf die gesetzmäßige Entwicklung der sozialen Lebensformen gelegt worden. Geschichtliche Fakten und Daten werden nur herangezogen, insofern sie phänomenologischen und symptomatischen Charakter haben. Sie bilden gleichsam das Gerüst, welches der Lehrer zur besseren Illustration nach Belieben und Notwendigkeit den jeweiligen Bedürfnissen der verschiedenen Schularten entsprechend mit „Stoff" anreichern kann.

Die Geschichte ist ja eigentlich die Substanz der Politischen Gemeinschaftskunde, die allein als abstrakt und formal empfunden wird. Erst die Geschichte, in der sich ja das lebendige politische Geschehen und die Entwicklung der Menschengemeinschaft, der Gesellschaft, vollzieht, vermag die Politische Gemeinschaftskunde für die jungen Menschen interessant zu machen. Dadurch verliert der Unterricht in der Politische Gemeinschaftskunde auch für den Lehrer seine Problematik.

Übersicht über die in dem Unterrichtsfach der Politischen Gemeinschaftskunde aufeinanderfolgenden Themen:

Die Situation des heutigen jungen Menschen nach der Volksschulentlassung — Das Unterrichtsziel — Das Menschenbild — Der Mensch als Gemeinschaftswesen — Die Bereiche des sozialen Lebens: Staat. Wirtschaft, Kultur. DER STAAT — Das Grundgesetz — Verfassungsrecht und demokratisches Recht — Das demokratische Recht: Die vorbeugenden (Polizei-) Gesetze, die ordnenden, bürgerlichen (Zivil-) Gesetze, die sühnenden (Kriminal-) Gesetze. — Die Gewaltenteilung — Der Aufbau des Staates und die Funktionen der staatlichen Einrichtungen — Die Verwaltung — Demokratie und Diktatur. — DIE WIRTSCHAFT — Die Arbeitsteilung — Das Tauschmittel Geld — Produktion, Zirkulation, Konsumtion — Inflation, Deflation, Vollbeschäftigung (Konjunkturlehre) — Die Lenkung der Konjunktur — Die gerechte Verteilung des Sozialproduktes — Die Soziale Marktwirtschaft — Die Sozialversicherungen. — DIE KULTUR — Die Bereiche der Kultur: Wissenschaft, Kunst, Religion — Die Freiheit der Persönlichkeit im Geistesleben — Die Wissenschaften — Die Künste. — Die freiheitliche Ordnung — DIE ENTWICKLUNG DER SOZIALORDNUNG IN DER GESCHICHTE — 3000 bis 700 v. Chr.: „Der Gottesstaat" — Griechenland und Rom — Die Neuzeit — Humanismus — Renaissance — Reformation — Die französische Revolution und ihre Wirkungen — Die moderne Wirtschaft — Das Atomzeitalter — Das Ost-West-Problem — Die Abendländische Ordnung.

*

Das Zeitalter des Fürstenabsolutismus und der französischen Revolution

XX. Jahrhundert

Der geschichtliche Teil der Politischen Gemeinschaftskunde (die in Folge 42 bis zum Ende des XIX. Jahrhunderts durchgeführt worden ist) läßt deutlich werden, daß der Komplex des Sozialen nicht nur in seiner prinzipiellen Struktur (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 29, 30, 31, 32, 33, 35, 36) die Projektion des Menschenbildes in die gesellschaftliche Umwelt ist, sondern, daß sich auch die Entwicklung des sozialen Lebens nach Gesetzen vollzieht, die identisch sind mit den Entwicklungs-Gesetzen des Menschenwesens, das heißt, des menschlichen Bewußtseins. (Vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 37, 38, 40). Vom Bewußtsein — dem Geistigen — als der für den Menschen typischen Wesenskategorie her, gestaltet er stufenweise nach unter die Bereiche des sozialen Lebens: Zuerst in der

Ägyptisch-Chaldäisch-Babylonischen Geschichtsperiode

DIE KULTUR;

in Griechenland und Rom den demokratisch-republikanischen

STAAT;

und bei den Germanen, den Angelsachsen und den Deutschen,

DIE WIRTSCHAFT.

Die beiden vorangegangenen Fortsetzungen der Politischen Gemeinschaftskunde:

Das Zeitalter des Humanismus, der Renaissance und der Reformation — XVI. XVII. und XVIII. Jahrhundert — („Fragen der Freiheit" Nr. 41, S. 42) und

Das Zeitalter des Fürstenabsolutismus und der Französischen Revolution — XVIII. und XIX. Jahrhundert — („Fragen der Freiheit", Nr. 42, S. 41) haben die Wirksamkeit dieses „geschichtsbildenden" Gesetzes auch für die stufenweise Entwicklung der germanischen Kulturepoche (seit dem XVI. Jahrhundert) selbst erkennen lassen. Nach einem dem biogenetischen Grundgesetz in der Entwicklung der natürlichen Lebewesen analogen Gesetz (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 40, S. 59) folgen als kurze Wiederholungen eine das kulturelle und eine das politisch-staatliche Leben betonende Periode aufeinander, bevor die germanischen Völker, die Angelsachsen und die Deutschen, den ihnen typischen Bereich des Sozialen ergreifen und beginnen, ihn schöpferisch um- und auszugestalten:

DIE WIRTSCHAFT.

Weiter haben die beiden Entwicklungsphasen des XVI./XVII. und XVIII./XIX Jahrhunderts gezeigt, daß die geistige Freiheit um die im Zeitalter des Humanismus, der Renaissance und der Reformation gekämpft worden ist, im sozialen Leben noch nicht durchdringen konnte, weil nicht auch zugleich die politisch-rechtliche Freiheit gegenüber dem Staat errungen werden konnte (Vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 41, S. 41); und daß nach der Französischen Revolution und den ihr folgenden revolutionären Wellen bis 1918 in Deutschland und Österreich die wirkliche politische Freiheit nicht realisiert werden konnte, weil nicht auch zugleich die wirtschaftliche Freiheit, das heißt, die Überwindung der wirtschaftlichen Ausbeutung und die Katastrophen hervorrufende Krisenhaftigkeit der Wirtschaft erreicht wurde (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 42, S. 57 und 58).

* * *

Der Übergang von der einen zur nächsten dieser ca. 200jährigen Entwicklungsphasen der neueren Geschichte erfolgt jeweils so spontan (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 42, S. 41), daß er fast auf's Jahr genau angegeben werden könnte.

Der Dreißigjährige Krieg z. B. begann als Religionskrieg; im Westfälischen Frieden spielten die Fragen der Religion aber nur noch eine nebensächliche Rolle und die Verhandlungen befaßten sich vorwiegend mit der Verteilung der territorialen Macht der Fürsten untereinander. So waren der preußisch-österreichische Krieg von 1866 wie der preußisch-französische Krieg 1870/71 noch deutlich dynastische Kriege des Hauses Hohenzollern. Der Krieg gegen Frankreich wurde von Bismarck (dem die spanische Thronfolgefrage wie ein „Geschenk des Schicksals" erschien) sogar geradezu als eine Art „Erbfolgekrieg" „aufgezogen" (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 42, S. 56/57). Durch die fünf Milliarden Goldfranken Kriegsentschädigung, die Frank-

reich entrichtete, wurde für das neugegründete deutsche Reich mit der „Gründerzeit", die Ära des Hochkapitalismus und Wirtschaftsimperialismus eingeleitet.

Es war gegenüber früher keineswegs ein neues Wirtschaftssystem oder eine neue Wirtschaftsstruktur, die dieses nun einsetzende Zeitalter des Hochkapitalismus, des Wirtschafts-Imperialismus, der Wirtschaftskriege — kurz, der Hypertrophie der Wirtschaftskräfte und -Mächte hervorbrachte, sondern es war das menschliche Bewußtsein, welches früher mehr von religiös-philosophischen, dann von rechtlich-politischen Vorstellungen erfüllt war, welches sich nun allgemein den wirtschaftlichen Eigentumsobjekten Geld und Boden, den wirtschaftlichen Interessen und Auseinandersetzungen zuwandte. Es bildeten sich bald Zusammenschlüsse bestimmter wirtschaftlicher Gruppen mit gleichen oder ähnlichen materiellen Interessen, wie zum Beispiel der

BODEN-RENTEN-INTERESSENTEN

im „Bund der Landwirte" (1893) — oder die Sozialdemokratische Partei (1875) als Interessenvertretung der

LOHNEMPFÄNGER.

Selbst eine in ihren Anfängen so idealistisch orientierte Partei wie die freisinnig-demokratische, die ursprünglich sich die Verwirklichung der persönlichen Freiheit gegenüber dem Staat, die bürgerliche Freiheit, zum Ziel gesetzt hatte, bekommt nun den Charakter der wirtschaftlichen Interessentengruppe, und zwar die der

KAPITALRENTNER,

der „Investoren".

So wird im XX. Jahrhundert erst eigentlich der Parteienstaat geboren als das Kampf-Forum der wirtschaftlichen Interessentengruppen. Das nun mehr und mehr einsetzende Buhlen der Parteien um die Gunst der Wähler, das gegenseitige Sich-Überbieten mit „Wahlgeschenken" hat, abgesehen von seiner Unsinnigkeit und sozialen Schädlichkeit, eine fortschreitende Nivellierung der Parteien untereinander bewirkt, so daß ihre Programme sich heute nicht mehr wesentlich voneinander unterscheiden — auch ein Schritt in der Richtung auf die „totale Demokratie" hin, denn es gibt keine echte Opposition mehr —.

Inzwischen haben sich hinter der Fassade der Parteien neue Interessengruppen formiert in Gestalt der Wirtschaftsverbände, denen es dank ihrer finanziellen Mittel gelingt, ihre Vertreter auf den Wahllisten der Parteien so zu plazieren, daß sie auch in die Parlamente gelangen. Die Fronten der gegensätzlichen Interessengruppen verlaufen infolgedessen mitten durch alle Parteien hindurch und aus der Parteienherrschaft ist so unvermerkt die

„HERRSCHAFT DER VERBÄNDE" (Eschenburg)

geworden. Die Interessenvertretung, die man seither als die Aufgabe der Parteien betrachtete, wird jetzt — versteckterweise — mehr und mehr von den Verbänden ausgeübt. Auch außerparlamentarisch bemühen sich die Verbände bei den Organen der Gesetzgebung (Legislative) und der Verwaltung (Exekutive) ihre Wünsche zur Geltung zu bringen, indem ihre Vertreter — „die Lobbyisten" — die Tore, oder besser, die Hintertüren des Bundeshauses belagern, um, auf welche Art auch immer, die Abgeordneten für ihre Interessen zu gewinnen.

Die für das Leben der Demokratie gefährlichste „Interessengruppe" ist die — nichtorganisierte — Interessengruppe der Interessenvertreter selbst: der Partei-, Gewerkschafts-, Verbands-Sekretäre und -Beamte, die Verbandsbürokratie. Um ihre Tätigkeit zu rechtfertigen, sind sie bemüht, in

ihren Auftraggebern, eben den Berufs- und soziologischen Gruppen — den Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Bodenrentnern (Hauseigentümern), Kapitalbesitzern (Investoren) usw., usw. — immer neue Unzufriedenheit anzufachen und zu schüren und Wünsche zu erregen (Pluralismus der zweiten Potenz", Helmut Schelsky).

So ist das ganze Leben, besonders aber das öffentliche, soziale, eine schier unentwirrbare Verfilzung materieller („wirtschaftlicher" darf man hier im Sinne exakter Begriffsbildung nicht sagen), Interessen und Gegeninteressen geworden. Selbst geistige, zum Beispiel künstlerische Berufe („Gema") werden meist vom Gesichtspunkt materiellen Vorteils verstanden und der Durchschnittsakademiker betrachtet die für sein Studium aufgewandten Mittel als „investiertes" Kapital, welches sich in Gestalt seiner Bezüge dann zu „rentieren" hat.

Dieses vorwiegend nach Gesichtspunkten des materiellen Vorteils orientierte Bewußtsein der einzelnen ist die Konsequenz der gleichen, den Daseins-Sinn ignorierenden nominalistischen Geistesart, die, — wie in dieser Gemeinschaftskunde gezeigt wurde —

im XVI/XVII. Jahrhundert zu den unmenschlichen Glaubenskämpfen und Religionskriegen (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 41, S. 42ff.) und

im XVIII. und XIX. Jahrhundert zu den in der Restauration und im Totalitarismus endenden Revolutionen mit den daraus folgenden zahlreichen zerstörerischen Kriegen (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 42, S. 46ff) geführt hat. —

* * *

Auch im XX. Jahrhundert sind die politisch-sozialen Wirkungen dieser nominalistischen Geistesart — die sich seit etwa Goethes Tod (1832) philosophisch und wissenschaftlich vorwiegend in der materialistischen (d. h. in den nur den fünf physischen Sinnen zugänglichen Bereichen verharrenden) Weltanschauung und der „wertfreien" (d. h. auf das Urteilen verzichtenden) Wissenschaft darstellt — bis jetzt nicht weniger katastrophal gewesen, als in den geschilderten beiden vorangegangenen Entwicklungsphasen der Neuzeit, dem XVI./XVII. und dem XVIII./XIX. Jahrhundert.

Der gewonnene Krieg 1870/71 (vgl. „Fragen der Freiheit", Nr. 42, S. 56/57) und der durch die politische Initiative Bismarcks unter preußischer Hegemonie erfolgte Zusammenschluß der deutschen Länder (ohne Österreich) im kleindeutschen Reich der Hohenzollern, hat das Nationalgefühl gewaltig gesteigert. Zugleich hat der Zustrom der Frankreich auferlegten Kriegsentschädigung von fünf Milliarden Goldfrancs in der deutschen Wirtschaft, eine kurze aber heftige Hausse, die berüchtigten „Gründerjahre" bewirkt, die aber infolge des Goldautomatismus, d. h. des Abflusses dieses Goldes, schon 1874 in eine ebenso heftige Baisse umschlug, die dann mit einigen Schwankungen bis 1896 andauerte. (Die Großhandelspreise, die in Deutschland 1870 auf 111 standen, sanken auf 61 im Jahre 1896, also auf fast die Hälfte).

Das durch den militärischen und politischen Erfolg hervorgerufene nationale Hochgefühl und zugleich die über 21 Jahre andauernde Baisse — heute sagt man dazu Wirtschaftskrise — mit ihren Sorgen und Nöten bei den Geschäftsleuten und dem Elend der Arbeiter, ließ in Deutschland den Ruf nach dem „Platz an der Sonne" laut werden, der von den führenden Politikern, vor allem auch von Wilhelm II. nur zu gerne zur Legitimation ihrer machtpolitischen Ziele benutzt wurde. So entstand in Deutschland der Wunsch, es den anderen Großmächten gleichzutun und sich möglichst große Stücke der Erdoberfläche untertan zu machen. Bis auf

einige Inseln im Pazifik und als Rohstofflieferanten unergiebige Flecken in Afrika, war die Erde aber bereits verteilt.

Von der Welt so gut wie unbemerkt, hatten während des XVIII. und XIX. Jahrhunderts die beiden Weltmächte der Zukunft, die Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland ihre Grenzen in westlicher und in östlicher Richtung an den Pazifik herangeschoben, ohne sich dem Vorwurf des Kolonialismus auszusetzen. Die beiden eigentlichen — weil unmaskierten — Kolonialmächte England und Frankreich aber rauften sich währenddessen in den Friderizianischen und Napoleonischen Kriegen vor den Augen der Welt um die noch übrig gebliebene koloniale Beute, wobei Frankreich — weil es sich in Europa machtpolitisch engagiert hatte — die wertvollen Gebiete seines Kolonialbesitzes, vor allem Kanada, an England verlor. Den Rest von Frankreichs amerikanischen Besitzungen liquidierte Napoleon, indem er 1803 Louisiana — da er es mititärisch nicht halten konnte — an die USA verkaufte.

Ende des XIX. Jahrhunderts, im Jahre 1898, stoßen die kolonialen Interessen der Engländer und Franzosen noch einmal in Afrika, bei Faschoda am oberen Nil, aufeinander. Die Engländer unter General Kitschener zwingen die Franzosen zum Rückzug, so daß Frankreich im wesentlichen auf die damals für ziemlich wertlos gehaltene Wüstenzone der Sahara beschränkt bleibt. (Spanien und Portugal, die schon einmal ein halbes Jahrtausend zuvor die Erde durch den Vertrag von Tortesillas (1493—1494) auf den Schiedsspruch des Papstes Alexander VI. hin untereinander aufgeteilt hatten — die Unterwerfung fremder Völker wurde damals mit ihrer Bekehrung zum Christentum legitimiert — haben inzwischen fast alle ihre überseeischen Besitzungen wieder eingebüßt und können hier außer Betracht bleiben.)

So ist die Welt am Ende des XIX. und mit Beginn des XX. Jahrhunderts im Wesentlichen aufgeteilt einerseits zwischen den „offiziellen" Kolonialmächten Groß-Britannien und Frankreich und andererseits den „Pseudo"-Kolonialmächten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Rußland. In die schon verteilte Welt tritt nun das durch seinen Sieg über Frankreich mit gesteigertem Nationalstolz und Kraftgefühl erfüllte — aber infolge der wirtschaftlichen Baisse der 70er, 80er und 90er Jahre mit Sorgen, Not und Proletarier-Elend erfüllte Preußen-Deutschland neu ein. Aus Unkenntnis der wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge machen die nationalen Kreise in Deutschland (zum Beispiel der Alldeutsche Verband, gegr. 1891); der Bund der Landwirte, gegr. 1893) die älteren Weltmächte, die die Erde schon unter sich aufgeteilt hatten, für die wirtschaftliche Misère Deutschlands verantwortlich, die mit den seither üblichen „wirtschaftpolitischen" Mitteln nicht geheilt, sondern nur verschlimmert wurde.

1878 hatte Bismarck, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, sich der Schutzzollpolitik zugewandt. Die Schutzzölle sollten vor allem die Produktenpreise der ostelbischen Landwirtschaft erhöhen. Infolgedessen stiegen aber die Bodenpreise, die fixen Kosten der Bauern und Landwirte (die Verzinsung des Bodenkapitals) wurden entsprechend höher und die permanente Not der Landwirtschaft blieb bestehen. Die Schutzzölle nutzten also dem agrarischen Osten Deutschlands nichts, schadeten jedoch durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise dem Westen mit seiner vorwiegend industriell-gewerblichen Wirtschaftsstruktur, indem sie seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verringerten und das soziale Elend der Arbeiterschaft wurde nur noch unerträglicher.

Das nationale Kraftgefühl bei den gleichzeitig ungelösten wirtschaftlichen Problemen und den durch sie verursachten Sorgen und Nöten ließ, wie gesagt, in Deutschland den Ruf nach „dem Platz an der Sonne" ertönen und auch das Schlagwort vom „Volk ohne Raum" (Hans Grimm). Genährt von der neuen darwinisch-malthus'schen Lehre vom „Kampf ums Dasein", glaubte man in Deutschland seine Daseinsberechtigung unter Beweis stellen zu müssen, indem man sich diesen Platz an der Sonne gegen die Völker und Staaten erkämpfte, die bereits von der Erde Besitz ergriffen hatten. Im Grunde des Herzens wollte man nicht den Krieg; aber ohne rechte Vorstellung, wie das Ziel zu erreichen sei, versuchte man es mit der Drohgebärde, dem „Säbelrasseln" und dem Sichbrüsten mit der „schimmernden Wehr", durch Wilhelm II. und der Kamarilla aus unbedeutenden Diplomaten und Militärs, die nach Bismarcks Sturz die deutsche Politik machten. Die provozierende und agressive Haltung der kaiserlichen Regierung führte der Reihe nach zu Affronts gegenüber den verschiedenen Nachbarstaaten des Deutschen Reichs.

Während — man kann sagen seit Cäsars Zeiten — ein tiefer geschichtlicher Gegensatz zwischen den Bewohnern östlich und westlich des Rheins, die „Erbfeindschaft" bestand und das Verhältnis Deutschlands zu seinem östlichen Nachbarn durch den Panslavismus Rußlands — neuerdings auch durch das deutsche Bündnis mit dem einige slawische Völker umfassenden Österreich-Ungarn — belastet war, so hat sich das deutsche Reich die Gegnerschaft Englands unnötiger- und leichtfertigerweise zugezogen. Zwischen Großbritannien und Frankreich bestand durch den Kampf um die koloniale Vorherrschaft seit zweihundert Jahren ein „traditionelles" Spannungsverhältnis und zu Rußland stand es im Gegensatz durch das russische Drängen zu den von England beherrschten Weltmeeren. Während das schlechte Verhältnis des Kaiserreiches zu Frankreich und Rußland geschichtlich begründet und gleichsam schicksalhaft war, so hätte einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen den Völkern germanischen Ursprungs nichts im Wege gestanden, welches auch bis zur Jahrhundertwende von England wiederholt angestrebt worden ist, aber es bekam vom Kaiser und seiner Regierung die kalte Schulter gezeigt, ja es wurde immer wieder geradezu brüskiert. So stellte die kaiserliche Liebhaberei des Flottenbaues eine deutliche Spitze gegen England dar. Ganz und gar überflüssig waren aber Antipathie-Äußerungen wie zum Beispiel das „Krüger-Telegramm".
(Zu Beginn der englisch-burischen Auseinandersetzungen in Süd-Afrika (1896), die dann zum Burenkrieg führten, waren englische Streifscharen unter Jameson (Jameson-raid) in der Buren-Republik Transvaal eingefallen und von den Buren gefangen genommen worden. Wilhelm II. sandte daraufhin dem burischen Präsidenten Krüger ein Glückwunschtelegramm, welches die Formulierung enthielt, daß den Buren die Abwehr gelungen sei „ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren", eine Wendung, die in den englischen Ohren besonders bösartig klang.)

Ein führender britischer Staatsmann Joseph Chamberlain befürwortete damals ein Bündnis zwischen den beiden angelsächsischen Nationen Groß-Britannien und den Vereinigten Staaten — und dem deutschen Reich. Auch der englische Premierminister Salisbury wünschte ein Bündnis mit Deutschland: „Aber wie können wir es bekommen?" Der deutsche Außenminister von Bülow und der Geheimrat im Auswärtigen Amt von Holstein, „die graue Eminenz", der böse Geist der deutschen Politik, schlugen die Hand Englands aus.

Joseph Chamberlain begründete die Idee der deutsch-englischen Freundschaft folgendermaßen:

> „Noch etwas, glaube ich, muß jeder weitsehende englische Staatsmann gewünscht haben:
>
> Daß wir nicht dauernd auf dem europäischen Kontinent isoliert bleiben sollten. Und ich glaube, in dem Moment, wo dieses Verlangen entstand, muß es jedem klar geworden sein, daß unser natürliches Bündnis, jenes zwischen uns und dem großen deutschen Kaiserreiche sein müßte. . . . Was vereinigt denn Nationen? Interesse und Gefühl. Welches Interesse haben wir, das dem Interesse Deutschlands entgegengesetzt wäre? Ich kann nicht einen einzigen Punkt erkennen, der in der unmittelbaren Zukunft auftauchen könnte, um uns und die Deutschen in einen Gegensatz der Interessen zu bringen."

Von Bülow ließ diesen Befürworter der englischen Freundschaft mit Deutschland in einer Reichstagsrede schnöde und kalt abfahren.

Deutschland müsse im 20. Jahrhundert Hammer — und nicht Amboß sein. Chamberlain sagte darauf, daß er „nichts mehr mit diesem Burschen zu tun haben wolle" und das schicksalhafte Wort „Le bonheur s'enfuie!" („Das Glück entflieht!").

So wurde damals die Weiche gestellt in der Richtung auf die leidvollen Geschehnisse und die katastrophalen weltpolitischen Ereignisse des XX. Jahrhunderts. Die deutschen Politiker die — ebenso wenig wie auch die der übrigen Staaten — die Gesetze des wirtschaftlichen, besonders des weltwirtschaftlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens nicht kannten, waren in die Stimmung einer Art Torschlußpanik verfallen: Die anderen Weltmächte hatten den Erdball Stück für Stück an sich gerissen und die Deutschen hatten das Gefühl, leer auszugehen und keinen Anteil an den lebensnotwendigen Gütern der Erde zu haben. Sie wollten gewiß keinen Krieg; aber sie wußten nicht, wie sie es anstellen sollten, zuguterletzt doch noch einen Anteil für sich zu ergattern. In ihrer Hilflosigkeit mischte sich die kaiserliche Diplomatie (wie im Falle des Krüger-Telegrammes) in zahlreiche weltpolitische Auseinandersetzungen ein, die sie nichts angingen.

So wurde die Spannung zu Frankreich, die durch den Frankfurter Frieden von 1871 noch genug belastet war, durch die sogenannte

MAROKKO-KRISE (1906)

erneut aktuell. Frankreich schickte sich an, ein Protektorat über Marokko zu errichten, wozu es sich durch das 1904 nach der Faschoda-Krise mit England getroffenen Abkommen berechtigt fühlte. Plötzlich entdeckte die kaiserliche Diplomatie das deutsche Interesse an Marokko und das Auswärtige Amt (Bülow und Holstein) veranlaßten Wilhelm II. zu einer Reise nach Tanger und Casablanca, wo dieser in einer flammenden Rede dem korrupten Sultan von Marokko den Schutz des deutschen Reiches versprach. Marokko wurde dann trotzdem von Frankreich mit der Zustimmung von England und Rußland teilweise besetzt. Für Deutschland bedeutete dieses überflüssige Abenteuer ein weiterer Schritt in die Isolation. Ein einziges relativ sicheres Bündnis hatte Deutschland: Das zum Habsburgerreich. Wirkliche Freundschaft bestand aber nur zu dessen deutschem Teil, Österreich. Die unter dem Hause Habsburg zusammengefaßten slawischen Völker hatten ihre Sympathien bei Rußland, welches ihnen unter der Devise des Panslavismus die Befreiung von der deutschen Fremdherrschaft versprochen hatte. So erkaufte das deutsche Reich die Freundschaft des schwachen Österreich mit der Gegnerschaft Rußlands. Beides, wie es Bismarck durch den „Rückversicherungsvertrag" mit Rußland versucht hatte, war nicht möglich. Dazu war der österreichisch-russische Gegensatz zu groß.

Die weltpolitische Situation, die dann zu den beiden Weltkriegen und der jetzt die Existenz der Menschheit bedrohenden Ost-West-Spannung geführt hat, ist also — nochmals zusammengefaßt — zu Beginn des XX. Jahrhunderts die folgende:

Die Unkenntnis der natürlichen Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft und die dadurch bedingte Unfähigkeit, die wirtschaftliche Konjunktur aktiv zu steuern, erzeugt in Deutschland die malaise, die aus Sorgen und Not geborene Stimmung, aus der die „Torschlußpanik", die Angst, entsteht, bei der Verteilung der Erde zu kurz zu kommen, keinen „Platz an der Sonne" zu finden. In Verbindung damit bewirkt die durch den Sieg über Frankreich 1870/71 erzeugte nationalistische Hybris, welche die Nervosität und Ratlosigkeit der deutschen Außenpolitik hinter der Demonstration der Stärke und Sicherheit zu verbergen versucht, die aber von der Welt als bedrohliche Agressivität erlebt wird.

Der Kaiser und die deutschen Politiker wollten, wie gesagt, im Grunde ihres Herzens keinen Krieg! Aber in ihrer Ratlosigkeit, wie wohl für sie der „Platz an der Sonne" zu erlangen sei — und in ihrer Nervosität — erweckten sie in der Welt den Eindruck eines gefährlichen Ruhestörers, der eine Gefahr für den Frieden bedeute. Unter diesem Eindruck überwinden die Engländer ihre traditionelle, aus der jahrhundertelangen kolonialen Rivalität entsprungene Antipathie gegenüber den Franzosen und schließen mit Frankreich (am 8. April 1903) die Entente cordiale. Ebenso überwandten sie ihren (durch den russischen Drang zu den Weltmeeren bedingten) Gegensatz zu Rußland, wodurch 1907 die Entente cordiale zur Triple-Entente erweitert wird, als Defensiv-Bündnis gegen das vermeintlich kriegslüsterne Deutschland.

Damit war die verhängnisvolle Situation entstanden, das Pulverfaß, in welches 1914 (28. Juni) die Schüsse von Sarajewo als Zündfunke einschlugen, die eine Kette einander bedingende weltgeschichtlicher Katastrophen auslösten, deren Ende heute noch nicht abzusehen ist.

Weitere solcher Katastrophen, wie die beiden Weltkriege 1914—1918 und 1939—1945 wären aber im Zeitalter der Atom-Energie für die Menschheit als Ganzem im höchsten Maße existenzbedrohend. Es ist deshalb die erste Pflicht aller Gutwollenden, die elementaren und primären Ursachen der politischen Fehlentwicklungen zu erforschen um dann fähig zu werden, der Gefahr wirksam zu begegnen. Müßig ist es dabei, sich mit dem Konstatieren einzelmenschlicher Schuld — von der Schuld ganzer Völker zu reden ist ganz und gar Unsinn — aufzuhalten, denn die politischen Akteure sind jeweils nur Exponenten politisch-weltgeschichtlicher Entwicklungen, für die die Weichen längst gestellt waren.

Um also die eigentlichen Ursachen der Katastrophen zu finden, brauchen wir uns nicht damit zu verzetteln, Schuldige zu suchen. — „‚Mein ist die Rache', spricht der Herr!". — Dagegen ist es unerläßlich, sich um wirksame Heilmittel zu bemühen. Es wäre auch nicht so einfach, eindeutige Schuld zu konstatieren, denn die zu Beginn des Jahrhunderts entstehenden beiden feindlichen Gruppen bildeten sich aus Angst voreinander. Die Deutschen hatten Angst, bei der Verteilung der Erde leer auszugehen, d. h. davor, man wolle ihnen den „Platz an der Sonne" verweigern. Das machte sie nervös, hysterisch und ließ sie aggressiv erscheinen, obgleich sie damals ernsthaft an einen imperialistischen Krieg nicht dachten (den Hitler allerdings später bewußt entfesselte, so wie Hitler all dies aus Prinzip tat, was das Kaiserreich aus Ratlosigkeit und Angst zu planen schien). Sie benahmen sich, als wollten sie die ganze Welt verschlingen und erschreckten die anderen Völker durch Prahlerei ihrer künftigen Macht. Tatsächlich

rafften sie in hektischer Eile die letzten der — von den Anderen für nicht sehr wertvoll erachteten — Restchen der Erdoberfläche im Pazifik und in Afrika zusammen.

Weil ihnen die bessere Einsicht fehlte, glaubten die Deutschen ihre Existenz nur sichern zu können, indem sie, wie die anderen Völker es schon längst mit Erfolg getan hatten, imperialistische Politik betrieben, aber sie waren sozusagen verhinderte Imperialisten, „Lehrjungen der Weltpolitik" (Michael Freund, Deutsche Geschichte a. a. O.). Sie wußten nicht, wie man es anfängt. Für die Engländer und die Franzosen war der Imperialismus schon fast legitim geworden; sie hatten ein nahezu gutes Gewissen dabei, indem sie sich und der Welt einredeten, daß sie bei den unterworfenen Völkern eine Kulturmission erfüllten. Die erfolgreichsten Imperialisten aber, die Russen und Amerikaner, waren sich der Tatsache gar nicht bewußt, Imperialisten zu sein und auch die Welt wußte es nicht. Rußland vergrößerte sich in dem Jahrhundert vor dem ersten Weltkrieg um durchschnittlich täglich achzig Quadratkilometer und auch bei der USA wird diese Rechnung ein entsprechendes Resultat ergeben.

Ohne sich dessen bewußt zu sein — also mit dem allerbesten Gewissen von der Welt und vor allem, ohne daß die Welt es merkte — wuchsen so die Russen und die Amerikaner zu herrschenden Nationen heran, während die beiden kleineren kolonialen Imperien England und Frankreich — nicht zuletzt unter dem Druck ihres schlechten Gewissens — und der ihrem guten Gewissen entspringenden antikolonialen Haltung der Amerikaner — aber auch unter dem Einfluß der imperialistischen Rivalität zwischen Rußland und Amerika gewiß verfrüht sich heute vor unseren Augen auflösen.

Nur einen Mann gab es im XIX. Jahrhundert, der diese Entwicklung prophetisch vorausgeschaut hatte: Alexis de Tocqueville.

> Er schreibt: „Zwei Völker gibt es heute auf der Welt, die, von verschiedenen Ursprüngen her, sich demselben Ziel zu nähern scheinen: Es sind die Russen und die Amerikaner. Beide haben sich sozusagen im verborgenen entwickelt, und während die Aufmerksamkeit der Völker auf andere Gegenstände gerichtet war, haben sie sich plötzlich auf die ersten Ränge unter den Völkern gesetzt, die Welt hat fast zur selben Zeit ihre Entstehung wie ihre Größe zur Kenntnis genommen. Alle anderen Völker scheinen ungefähr die ihnen von der Natur vorgezeichneten Grenzen erreicht zu haben, sie müssen sich nur mehr dem Erhalten widmen; sie aber stehen noch im Wachstum; alle anderen haben innegehalten und schreiten nur unter tausend Schwierigkeiten fort, jene allein gehen leichten und raschen Schrittes einen Weg, dessen Ende das Auge noch nicht zu erkennen vermag. Der Amerikaner kämpft mit den Hindernissen, die die Natur ihm entgegensetzt, der Russe hat mit den Menschen zu schaffen. Der eine bekämpft Wüste und Barbarei, der andere die Zivilisation mit all ihren Waffen: So erobert der Amerikaner mit der Pflugschar des Pflanzers, der Russe mit dem Säbel des Soldaten. Um sein Ziel zu erreichen, stützt sich der eine auf das persönliche Interesse, läßt Kraft und Verstand schalten, ohne ihnen Vorschriften zu machen. Der zweite konzentriert sozusagen in einem einzigen Menschen die gesamte Macht des Staates. Der eine hat als Mittel des Handelns die Freiheit, der andere die Knechtschaft. Ihr Ursprung ist verschieden wie ihre Wege, und doch scheint jeder von ihnen nach einem geheimen Plan der Vorsehung berufen, eines Tages in seinen Händen die Geschicke der halben Welt zu halten."

Die Alliierten, die sich bis zum Jahrhundertbeginn als Rivalen im Kampf um die Erdoberfläche einander feindlich gegenübergestanden hatten, überwandten also unter dem Druck der befürchteten deutschen Agression ihr Mißtrauen gegeneinander und fanden sich in der von Deutschland dann als Einkreisung empfundenen Koalition zusammen. Beiderseitige Angst voreinander — und nicht böse Absicht und Kriegslüsternheit — waren die peripherische Ursache der Katastrophe.

Die Entwicklung lief dann — fast wider Willen der Beteiligten (wenigstens kann man das für die Deutschen, Engländer und Franzosen mit ziemlicher

Sicherheit — weniger für die Österreicher und die Russen behaupten) — in die Katastrophe hinein.

Auf Grund ihrer geographischen Lage glaubten die Deutschen sich nur dann aus der tödlichen Umklammerung des Zweifrontenkrieges befreien zu können, wenn sie ihre westlichen und östlichen Gegner „nummerierten", d. h. sie nacheinander besiegten. Diese strategische Überlegung führte dann zu dem verhängnisvollen Schlieffen-Plan, welcher vorsah, in der ersten Minute des Krieges, nach dem Durchmarsch durch Belgien und Luxemburg, Frankreich zu überrumpeln, bevor England (welches überhaupt erst die Militärdienstpflicht einführen mußte) und Rußland (welches wegen seiner schlechten Organisation als langsam bekannt war) überhaupt recht kriegsbereit waren. Die Durchführung des Schlieffenplanes, der das „Wettrennen" der Mobilmachungen bedingte und die kaiserliche Regierung zur Kriegserklärung an Frankreich veranlaßte (anstatt ihrerseits die französische Kriegserklärung abwarten zu können) belastete das Deutsche Reich mit dem Odium des Angreifers. Die deutsche Kriegserklärung an Frankreich und der Bruch der Neutralität Belgiens, dessen Grenzen die deutschen Truppen am 4. 8. überschritten, belasteten also die Deutschen vor der Welt einmal mehr mit dem Makel der Aggressoren.

Den Schlieffen-Plan bezeichnete Michael Freund in seiner „Deutschen Geschichte" a. a. O. als „raffinierte Torheit", wofür der militärische Verlauf auch des zweiten Weltkriegs denn auch erneut den Beweis lieferte. Obgleich es Hitler, der all das aus voller Überzeugung und ohne Skrupel — „geplant" — durchführte, was das Kaisereich eigentlich ohne wirklich ernsthafte Absicht, mit halbem Herzen und schlechtem Gewissen getan hat und woran es gescheitert war, gelang ihm die Strategie einer Art verbesserten Schlieffenplanes und die „Marneschlacht" des zweiten Weltkrieges zu gewinnen (Frankreichfeldzug vom 10. 5. 1940 bis 22. 6. 1940). Sein Versuch, durch den Trick des „Russen-Paktes" (23. 8. 1939) seine verschiedenen Gegner nach einander zu besiegen (sie zu „nummerieren") ist auch ihm nicht gelungen. Indem er in der Reihenfolge seiner Gegner die Nummer 3, Großbritannien dank der Durchhaltekraft des englischen Premier-Ministers Winston Churchill (ab 10. 5. 1940), überspringen mußte, hatte auch er von dem Tage seines Angriffs auf Rußland an (22. 6. 1941) den von der deutschen Diplomatie und vom deutschen Generalstab seit je mit Recht so gefürchteten Zwei-Fronten-Krieg zu führen.

Nr. 1 Polen,	Hitlers Sieg am 6. 10. 1939
Nr. 2 Frankreich,	Hitlers Sieg am 22. 6. 1940
Nr. 3 Groß-Britannien Nr. 4 Rußland Nr. 5 Die Vereinigten Staaten	Besiegen gemeinsam Hitler (10. 5. 45, Tag der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerreiches)

So zeigt der zweite Weltkrieg deutlich, daß auch der erste Weltkrieg durch das Kaiserreich nicht hätte gewonnen werden können, auch wenn der Schlieffen-Plan geglückt und die Marneschlacht gewonnen worden wäre, ja selbst nicht, wenn es geglückt wäre die Gegner zu „nummerieren". Die beiden Weltkriegen bilden deshalb zusammen einen weltgeschichtlichen Komplex; Hitler hat lediglich den Kampf da wieder aufgenommen, wo er 1918 noch nicht voll entschieden, abgebrochen worden war und er hat, wie gesagt, nur das konsequent geplant und ausgeführt, was die deutschen Diplomaten und Strategen nach Bismarck in ihrer Angst, bei der Verteilung der Erde, leer auszugehen, aus Hilflosigkeit also bloßes Druckmittel als Bluff, gedacht hatten. Zwar hatten auch die Alldeutschen in ihrem monomanen Nationalismus schon alles ähnlich so ausgesprochen, wie es später Hitler

— von den Deutschen und der Welt zu beider Schaden nicht ernst genommen — in seinem Buch „Mein Kampf" als politisches System dann postulierte. In seiner „Deutschen Geschichte" (a. a. O. S. 414) schreibt Michael Freund dazu:

> „1891 gegründet, stellt die Alldeutsche Bewegung die Mutterlauge dar, aus der die großen Narrheiten des Deutschen Reiches im 20. Jahrhundert erwuchsen . . . Alles, was an Vermessenheit im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts ausgebrütet wurde, ist vom Alldeutschen Verband vorausgedacht worden. Die Alldeutschen lieferten das Programm für die Götterdämmerung des 20. Jahrhunderts. Die Eroberung des Ostens, die Begründung eines deutschen Riesenreiches durch Aufteilung und Zerschlagung des russischen Reiches, die Umsiedlung, die Germanisierung und „Eindeutschung", die Umzüchtung der Ostvölker, der Beutezug nach dem ukrainischen Brot und dem Öl des Kaukasus, die Wiedereinführung der Sklavenarbeit, daneben uferlose koloniale Erwerbungen alten Stils, die Anbetung der Gewalt und des Krieges, das alles steht schon in den Flugschriften, Broschüren und Büchern des Alldeutschen Verbandes.
>
> Die Alldeutsche Bewegung stellt ein wüstes Sammelsurium aus Traktaten von Narren und Querulanten, aus Pamphleten von Weltreisenden und Literaten, aus dickleibigen, gelehrten Abhandlungen von Professoren dar. Untergetauchte und vergessene kleine Schriften der Alldeutschen Bewegung bildeten später die geistige Nahrung der Nationalsozialisten."

Warum konnte aber in den beiden Weltkriegen der Kampf gegen eine zahlenmäßige Überlegenheit durch Deutschland nicht trotzdem gewonnen werden, wie es die Kriegsgeschichte bis dahin von hervorragenden Feldherrn, wie z. B. Prinz Eugen, Friedrich dem Großen u.a.m. so vielfach berichtet? Warum tritt in den beiden Weltkriegen strategisches Genie ebenso wenig in Erscheinung wie vorher diplomatisches, welches fähig gewesen wäre die Katastrophe zu verhindern? — Deshalb, weil eben seit den 70er, 80er Jahren des XIX. Jahrhunderts die materiell-wirtschaftlichen Kategorien in den Vordergrund des menschlichen Bewußtseins getreten sind (Vgl. S. 23). Man vermag auch den Krieg nur noch in Zahlen, d. h. als den Einsatz von Menschen-Massen und Kriegs-Material zu denken. Wer von beiden am meisten besitzt gewinnt den Krieg! — So wußte der deutsche Generalstab, nachdem die Marneschlacht, der noch der Schlieffenplan als trategische Konzeption zu Grunde gelegen hatte, verloren war, nichts mehr anderes als den Abnutzungskrieg, der darin bestand, dem Gegner möglichst größere Verluste an Menschen und Material beizubringen, als man sie selber hatte. Bei den Alliierten war es genau so. Diesem Prinzip der Kriegsführung ersetzt die Strategie durch Kalkulation und der größere Einsatz an Zahlen und Mengen ist entscheidend. Churchill gab dieser Erfahrung schon nach dem ersten Weltkrieg Ausdruck, wenn er sagte, daß die Allierten von einer Woge von Öl zum Siege getragen wurden. Noch in viel stärkerem Maße gab im zweiten Weltkrieg die materielle Überlegenheit der Alliierten den Ausschlag und weder den Deutschen noch den Japanern nutzte ihre Tapferkeit und die zahlreichen von ihnen erfochtenen Siege etwas. Sie haben zwar noch mit den Waffen des XVIII. und XIX. Jahrhunderts, d. h. mit den Methoden des Diplomaten und des Feldherrn gekämpft, ohne mehr die entsprechenden Bewußtseinsvoraussetzungen zu besitzen und ohne zu wissen, daß inzwischen die materiell-wirtschaftlichen Prinzipien und die Fähigkeiten des wirtschaftlichen Organisators, des Kalkulators, des Unternehmers und Managers entscheidend geworden sind.

Die Zeit seit dem deutsch-französischen Kriege 1870/71 nennt man sehr richtig das Zeitalter des Imperialismus, weil in dieser Periode die Staaten und Völker daran gingen, die Erde restlos aufzuteilen und sie darum rangen, möglichst große und wertvolle Teile derselben in ihre Verfügungsgewalt, unter ihre Herrschaft zu bekommen. Das Motiv zu

diesen imperialistischen Kämpfen ist aber nicht in erster Linie der bloße Machttrieb, wie er vorwiegend im Zeitalter des Fürsten-Absolutismus, der dynastischen Kämpfe wirksam war, sondern es ist der (darwinistische) Glaube der Völker, um „den Platz an der Sonne", um ihre physische Existenz mit den Waffen kämpfen und so ihre Existenzberechtigung unter Beweis stellen zu müssen. Es wird einerseits gekämpft um die „Schätze der Erde", um die Rohstoffquellen, um Brot, Erz, Kohle und Öl und andererseits um die Absatzgebiete, denen man die industriellen Fertigerzeugnisse unter politischem Druck und infolgedessen zu günstigen wirtschaftlichen Bedingungen (zu hohen Preisen) aufzwingen konnte. (So beutete z. B. England seine amerikanischen Kolonien durch eine Reihe besonderer Zölle und Steuern, Zuckerzoll, Teezoll, Stempelsteuer usw. derart aus, daß es zum politischen Konflikt kam, der dann zum amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und zur Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika führte.) Die bis dato angewandten Methoden der Wirtschaftspolitik — das gilt in besonderem Maße für den Außenhandel —, wie die nächste Fortsetzung der politischen Gemeinschaftskunde zeigen soll, entsprechen etwa denen der jüngeren Altsteinzeit, d. h. die Gesetze der Arbeitsteilung, die an sich schon sehr früh entwickelt war (Vgl. „Von der Arbeitsteilung", „Fragen der Freiheit", Folge 32, S. 25 u. 26), wurden entweder noch ganz ignoriert oder verkannt und mißdeutet. — So hat auch das Zeitalter des Imperialismus, oder besser, des Wirtschaftsimperialismus (seit 1870/71) für den zwischenstaatlichen Handelsverkehr noch nicht eigentlich zur Kenntnis genommen, daß man Rohstoffe auch kaufen kann und daß man sie nicht unter allen Umständen rauben muß, kurz, daß die Arbeitsteilung mit ihren Gesetzen auch im internationalen Handelsverkehr ihre Gültigkeit hat, und daß sie, nur einmal konsequent angewandt, auch hier, wie binnenwirtschaftlich, die zauberhafte Wirkung ausübt, daß jeweils beide Tausch- bzw. Handelspartner gewinnen. — Diese moderne, dem Zeitalter der Atomenergie angemessenere Wirtschaftsmethode des internationalen Handelsverkehrs wäre dazu um ein Vielfaches billiger als die seitherige (steinzeitliche!): der Raub, denn die zu Beraubenden versuchen ja — nicht selten mit Erfolg — sich zu wehren!

Das Zeitalter des Wirtschafs-Imperialismus ist also charakterisiert durch das Nichtfunktionieren der Arbeitsteilung zwischen den Völkern, das Nichtfunktionieren des internationalen Handels. Sollen die durch ihn in der Vergangenheit verursachten Katastrophen, die Weltkriege, die in der Gegenwart für die Menschheit als Ganzes existenzbedrohend geworden sind, vermieden werden, wird es also notwendig sein, die Arbeitsteilung mit ihrer fruchtbaren Wirkung auch für den internationalen Gütertausch zur Wirkung zu bringen, wo sie seither noch nie und nirgends funktioniert hat (während sie binnenwirtschaftlich, wie gezeigt werden wird, wenigstens schon an Beispielen zu beobachten ist.)

Die Arbeitsteilung — binnenwirtschaftlich und international — in ihrer Funktionalität zu erkennen und sie zur Geltung zu bringen ist also eine der wichtigsten Aufgaben für Forschung und Politik in der Gegenwart, der sich alle verantwortlich Fühlenden widmen sollten.

* * *

Geschichtsdaten zum Zeitalter des Kapitalismus und des Imperalismus
Das Kaiserreich

1871 Der Zufluß der fünf Milliarden Francs französischer Kriegsentschädigung in Gold veranlassen Deutschland, zur Goldwährung überzugehen. Der Zustrom des französischen Goldes bewirkte die Hochkonjunktur der „Gründerjahre".

1873 Der rasche Abfluß des Goldes infolge von passiver Handelsbilanz bewirkte eine heftige Wirtschaftskrisis mit allgemeinem Preissturz und zahlreichen Konkursen. Die Krisis erreichte 1896 ihren Höhepunkt.

18. 10. 1878 Das Sozialistengesetz wird verabschiedet.

1879 Bismarck geht zum Schutzzoll über.

1884 Das deutsche Reich erwirbt die ersten Kolonien in Südwestafrika, Kamerun und Togo.

1885 Es folgt Deutsch-Ostafrika.

1888 Am 9. 3. stirbt Kaiser Wilhelm I. im Alter von 91 Jahren; sein Sohn und Nachfolger Friedrich III. stirbt am 15. 6. nach 99tägiger Regierung und sein Enkel besteigt als Wilhelm II. den Thron.

18. 3. 1890 Bismarck wird gestürzt und durch General Caprivi ersetzt.

1891 Der Alldeutsche Verband wird gegründet.

1893 Der Bund der Landwirte wird gegründet.

3. 1. 1896 Wilhelm II. beglückwünscht den Präsidenten der Buren-Republik Transvaal, Krüger, zur erfolgreichen Abwehr des Einfalls eines britischen Freikorps. — „Krüger-Telegramm". —

30. 11. 1897 Wilhelm II. kündigt den Bau der deutschen Flotte an.

29. 3. 1898 Der britische Minister Joseph Chamberlain schlägt dem deutschen Botschafter ein Bündnis vor.

30. 3. 1898 Der deutsche Außenminister Bülow lehnt das englische Bündnisangebot ab.

1904 England und Frankreich verbinden sich zur Entente Cordiale.

31. 3. 1905 Besuch Wilhelms II. in Tanger (Marokkokrise!)

31. 8. 1907 England und Rußland verständigen sich über ihre seitherigen Streitfragen.

1908 Daily-Telegraph-Affäre: Durch ein Interview an diese englische Zeitung brüskiert der Kaiser die Großmächte.

1. 7. 1911 Durch die Entsendung des deutschen Kanonenbotes „Panther" nach Agadir erneute Zuspitzung der Marokkokrise.

* * *

Der erste Weltkrieg

28. 6. 1914 Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin werden in Serajewo durch serbische Nationalisten ermordet.

23. 7. 1914 Österreich stellt an Serbien ein Ultimatum, welches angenommen wird.

25. 7. 1914 Österreich bricht eine Viertelstunde nach dem Empfang der serbischen Antwortnote die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab.

28. 7. 1914 Österreich erklärt an Serbien den Krieg.

29. 7. 1914 Rußland mobilisiert zum Schutze Serbiens.

1. 8. 1914 Deutschland erklärt den Krieg an Rußland.

3. 8. 1914 Deutschland erklärt an Frankreich den Krieg.

3. 8. 1914 Das deutsche Heer marschiert in Belgien ein, worauf England durch ein Ultimatum die Achtung der belgischen Neutralität durch Deutschland fordert.

4. 8. 1914 England erklärt nach Ablauf des am 3. 8. überreichten Ultimatums an Deutschland den Krieg.

10.—12. 9. 1914 Die deutschen Armeen werden nach siegreichem Vorstoß bis an die Marne ohne unbedingte Notwendigkeit durch den Beauftragten der Obersten Heeresleitung, Oberst-Leutnant Hentsch, zurückgenommen. Der Stellungskrieg beginnt.

7. 5. 1915 Der englische Passagierdampfer „Lusitania" mit amerikanischen Passagieren an Bord wird von einem deutschen U-Boot versenkt.

21. 2.—Juli 1916 Der Deutsche Angriff auf die Festung Verdun wird von den Franzosen abgeschlagen.

24. 6.—Dez. 1916 Die Engländer greifen an der Somme an und werden zurückgewiesen.

31. 1. 1917 Deutschland erklärt den unbeschränkten U-Bootkrieg.

3. 2. 1917 Als Antwort auf die Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges brechen die Vereinigten Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab.

6. 4. 1917 Die Vereinigten Staaten erklären an Deutschland den Krieg.

7. 11. 1917 Die Bolschewisten erringen in Rußland die Macht und errichten die Sowjetrepublik.

27. 5. 1918 General-Quartiermeister Ludendorff versucht noch durch eine großangelegte Offensive die Entscheidung zu erzwingen. — Desgleichen am
9. 6. 1918
Juli-Sept. Die Entente eröffnet die Offensive.

1918

14. 8. 1918 Britische Panzer durchbrechen die deutsche Front.

3. 10. 1918 Der deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden bittet auf dringendes Ersuchen der Obersten Heeresleitung die Alliierten um Waffenstillstand.

9. 11. 1918 Prinz Max von Baden verkündet den Rücktritt des Kaisers und der sozialdemokratische Abgeordnete Philipp Scheidemann ruft die demokratische Republik aus.

11. 11. 1918 Der Waffenstillstand zwischen Deutschland und den Alliierten wird abgeschlossen.

* * *

Die Weimarer Republik

28. 11. 1918 Wilhelm II. erklärt seinen Rücktritt.

28. 6. 1919 Der Versailler Vertrag wird unterzeichnet.

11. 8. 1919 Die neue deutsche Verfassung (Weimarer Verfassung) tritt in Kraft.

8.—9. 11. Hitler ruft die nationale Revolution aus, die aber erfolglos bleibt.

1923

15. 11. 1923 Die Inflation wird nach dem Plan Karl Helfferichs (1872—1924) durch die Rentenmark beendet. Umtausch-Verhältnis: 1 Billion = 1 000 000 000 000,— M = 1 — Rentenmark.

28. 2. 1925 Reichspräsident Ebert stirbt.

26. 4. 1925 Generalfeldmarschall von Hindenburg wird zum Reichspräsidenten gewählt.

7. 6. 1929 Die Sachverständigenkonferenz für die Reparationsfrage legt den Young-Plan vor (Goldanleihe).

24. 10. 1929 Der „schwarze Freitag" an der New Yorker Börse löst die sogenannte Weltwirtschaftskrise aus.

11. 3. 1930 Der Young-Plan wird vom deutschen Reichstag angenommen.

1930 Die Arbeitslosen-Ziffer in Deutschland beträgt im Frühjahr 1930 drei Millionen.

29. 3. 1930 Der Führer der christlichen Gewerkschaften Heinrich Brüning wird zum Reichskanzler ernannt.

16. 7. 1930 Die Regierung Brüning dekrediert durch Notverordnung eine allgemeine Preissenkung.

14. 9. 1930 Die Reichstagswahlen bringen eine Zunahme der Nationalsozialisten auf das Zehnfache, d. h. auf 107 Sitze.

5. 6. 1931 Die Regierung erklärt sich außerstande, den Young-Plan weiterhin zu erfüllen.

20. 6. 1931 Auf die Anregung des amerikanischen Präsidenten Hoover werden die Reparationszahlungen für ein Jahr ausgesetzt.

13. 7. 1931 Die Darmstädter- und Nationalbank gerät in Konkurs.

Aug. 1931 Die Arbeitslosenziffer steigt auf 5 Millionen.

11. 10. 1931 Deutschnationale, Stahlhelm, Nationalsozialisten und andere rechtsradikale Gruppen schließen sich zur „Harzburger Front" zusammen.

5. 11. 1931 Die Regierung Brüning erläßt neue, einschneidende Notverordnungen.

30. 5. 1932 Reichskanzler Brüning verliert das Vertrauen Hindenburgs und wird entlassen.

1. 6. 1932 Franz von Papen, Mitglied der Zentrumspartei, wird zum Reichskanzler ernannt.

31. 7. 1932 Die Reichstagswahl macht die Nationalsozialisten zur stärksten deutschen Partei.

6. 11. 1932 Bei der erneuten Reichstagswahl verlieren die Nationalsozialisten wieder zwei Millionen Stimmen.

2. 12. 1932 Hindenburg ernennt General von Schleicher zum Reichskanzler.

4. 1. 1933 Franz von Papen trifft sich mit Hitler im Hause des Bankiers von Schröder in Köln, wobei Papen wahrscheinlich Hitler das Reichskanzleramt zugestanden hat.

28. 1. 1933 General von Schleicher tritt als Reichskanzler zurück.

30. 1. 1933 Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler.

Das Dritte Reich

30. 1. 1933 Die „Koalitionsregierung" Adolf Hitler wird ohne nationalsozialistische Mehrheit gebildet.

24. 3. 1933 Das Ermächtigungsgesetz wird vom Reichstag gegen die Stimmen der SPD verabschiedet.

1. 4. 1933 Gegen die jüdischen Geschäfte wird ein Boykott organisiert.

11. 4. 1933 Alle „Nichtarier" werden aus dem Staatsdienst entlassen.

3. 5. 1933 Die Parteien werden gezwungen, sich „freiwillig" aufzulösen.

14. 7. 1933 Die nationalsozialistische Partei wird durch Gesetz zur allein zulässigen Partei erklärt.

26. 1. 1934 Hitler schließt mit Polen einen Freundschaftsvertrag.

30. 6. 1934 Hitler schlägt einen — von ihm selbst fingierten — Aufstand um Röhm nieder und läßt zahlreiche ihm unliebsame Persönlichkeiten ermorden.

28. 7. 1934 Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß wird durch Nationalsozialisten ermordet.

15. 9. 1935 Die „Nürnberger Gesetze" nehmen den Juden die deutsche Staatsbürgerschaft.

7. 3. 1936 Hitler remilitarisiert das Rheinland.

5. 11. 1937 Hitler enthüllt vor dem engen Kreis der Machthaber des Dritten Reiches seine Kriegspläne.

13. 3. 1938 Hitler besetzt Österreich.

22. 4. 1938 Hitler legt den Angriffsplan auf die Tschechoslowakei fest.

27. 8. 1938 Aus Protest gegen die Kriegsvorbereitungen nimmt der Generalstabschef Ludwig Beck seinen Abschied.

29.—30. 9. 1938 Im Münchener Abkommen einigen sich Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland über die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland.

30. 9. 1938 Hitler schließt einen Freundschaftsvertrag mit England.

1. 10. 1938 Deutsche Truppen marschieren im Sudetenland ein.

9. 11. 1938 Gegen die Juden werden Ausschreitungen organisiert (Kristallnacht) und ein großer Teil der Synagogen niedergebrannt.

6. 12. 1938 Deutschland und Frankreich vereinbaren die Garantie der beiderseitigen Grenzen.

5. 1. 1939 Hitler fordert vom polnischen Außenminister Beck die Rückkehr Danzigs zu Deutschland und die Neuregelung der Korridorfrage.

10. 3. 1939 Absage Stalins auf ein Bündnisangebot der Demokratien.

15. 3. 1939 Der tschechische Staatspräsident Hacha unterzeichnet die Unterwerfung der Tschechei unter das deutsche Protektorat.

17. 3. 1939 *Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion* und die Vereinigten Staaten protestieren gegen die Errichtung des deutschen Protektorats über die Tschechoslowakei.

17. 3. 1939 Der britische Premierminister Chamberlain ruft in einer Rede zum Kampf gegen die Gewaltherrschaft auf dem Kontinent auf.

3. 4. 1939 Hitler erteilt dem deutschen Heer die Weisung, den Angriff auf Polen für den *1. 9. 1939* vorzubereiten.

23. 8. 1939 Hitler und Stalin erneuern den Nichtangriffspakt von 1926 und schließen ein Geheimabkommen über die Aufteilung Polens.

1. 9. 1939 Die deutschen Truppen marschieren in Polen ein.

* * *

Der zweite Weltkrieg

8. 11. 1939 Im Münchner Bürgerbräukeller wird ein Attentatsversuch auf Hitler unternommen.

9. 4. 1940 Deutsche Truppen marschieren in Dänemark ein und besetzen Norwegen.

10. 5. 1940 Die *deutsche Armee* marschiert im Westen gleichzeitig gegen Frankreich, Luxemburg, Belgien und Holland.

10. 5. 1940 An der Stelle Chamberlains wird Winston Churchill britischer Premierminister.

14. 5. 1940 Die deutsche Luftwaffe bombardiert Rotterdam.

17. 6. 1940 Eine neue französische Regierung unter Marschall Pétain bittet um Waffenstillstand.

13. 8. 1940 Die Luftschlacht um England wird wegen zu hoher Verluste von Hitler abgebrochen.

17. 9. 1940 Die deutsche Landung in England wird auf unbestimmte Zeit verschoben.

9. 1. 1941 Für die jüdische Bevölkerung wird der „Judenstern" eingeführt.

10. 5. 1941 Der Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, landet in England und wird dort interniert.

22. 6. 1941 Deutsche Truppen marschieren in der Sowjetunion ein.

7. 12. 1941 Die amerikanische Pazifikflotte wird überraschend durch einen Luftangriff der Japaner auf Pearl Harbor bombardiert.

11. 12. 1941 Deutschland und Italien erklären den USA den Krieg.

23. 10. 1942 Die britische Armee unter Montgomery durchbricht die deutschen Stellungen bei El Alamein.

11. 11. 1942 Amerikanisch-englische Truppen landen in Nordafrika.

2. 2. 1943 Die deutsche sechste Armee kapituliert in Stalingrad.

13. 5. 1943 Die deutschen und italienischen Truppen in Nordafrika kapitulieren.

6. 6. 1944 Die Alliierten landen in der Normandie.

20. 7. 1944 Zivile und militärische Widerstandsgruppen versuchen ein Attentat auf Hitler und den Sturz des nationalsozialistischen Regimes.

8. 4. 1945 Churchill beschwört Roosevelt vergeblich, die westlichen Armeen gegen Berlin marschieren zu lassen.

7. 5. 1945 Generalfeldmarschall Jodl unterzeichnet in Reims die bedingungslose Kapitulation der deutschen Heere.

* * *

Kurze Zusammenfassung des geschichtlichen Teiles der politischen Gemeinschaftskunde seit dem XVI. Jahrhundert.

Die Betrachtung der Entwicklung der Neuzeit (seit dem XVI. Jahrhundert) hat ergeben, daß der geschichtliche Prozeß während dieser Zeit sein Gewicht in Perioden von etwa 200 Jahren jeweils von einem Bereich des sozialen Lebens auf einen anderen verlagert, vom Geistesleben (Kultur) auf den Staat, vom Staat auf die Wirtschaft. (Vgl. Fragen der Freiheit", Folge 40, Seite 59):

> Im XVI. und XVII. Jahrhundert,
> dem Zeitalter des Humanismus, der Renaissance und der Reformation

befaßt sich die abendländische Menschheit vorwiegend mit den kulturellen Bereichen von Wissenschaft, Kunst und Religion und bemüht sich die Autonomie, die Selbstveranwortlichkeit — die Freiheit der Einzelpersönlichkeit innerlich zu begründen und zu erringen. (Vgl. „Fragen der Freiheit" Folge 41 S. 42 bis S. 50).

> Im XVIII. und XIX. Jahrhundert,
> dem Zeitalter des Fürstenabsolutismus, der Französischen Revolution und der staatsbürgerlichen Befreiung

dreht sich das geschichtliche Geschehen zuerst um die Machtentfaltung der Fürstenhäuser und der Staaten, sowie die Entfaltung des Staats-Prinzips als solchem und dann um das Bestreben der Menschen, die bürgerliche Freiheit, d. h. die Gleichheit des einzelnen im Staate und gegenüber dem Gesetz zu erkämpfen und zu verwirklichen. (Vgl. „Fragen der Freiheit", Folge 42, S. 41 bis S. 58).

> Das XX. Jahrhundert,
> bringt in der Binnenwirtschaft der Länder den Kapitalismus zu seiner Kulmination und in den internationalen Beziehungen im Kampf um die Rohstoffquellen und die Absatzmärkte den Wirtschafts-Imperialismus mit der Folge der beiden Weltkriegskatastrophen.

Diese haben der Gegenwart und der nächsten Zukunft als Erbe und als zu lösende Aufgabe die den Weiterbestand der Menschheit bedrohende Ost-West-Spannung hinterlassen, die zugleich die Spannung zwischen der sozialistisch-kollektivistischen und der kapitalistisch-individualistischen Sozial- und Wirtschafts-Struktur ist, die bis heute beide imperialistischen Charakter haben.

Die nächstliegende Aufgabe der Menschheit besteht somit darin, durch die Realisierung einer funktionsfähigen Arbeitsteilung

binnenwirtschaftlich den den sozialen Frieden bedrohenden Kapitalismus und

außenwirtschaftlich den den Völkerfrieden bedrohenden Wirtschafts-Imperialismus zu überwinden.

* * *

Thema der nächsten Fortsetzung der politischen Gemeinschaftskunde: Kapitalismus und Wirtschafts-Imperialismus in der Geschichte und ihre Überwindung durch eine funktionsfähige Arbeitsteilung in einer freien und zugleich sozialen Wirtschaft.

Sozialer Eintopf

Auf der 24. Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in Bad Godesberg sprach am 11. 5. 1965 auch der Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard über das Thema: „Gesamtpolitische Ziele".
Hier, vor dem Forum seiner nächsten Freunde, konnte er einmal wirklich frei von der Leber weg so sprechen, wie es seit seiner Kanzlerschaft wegen mannigfacher Rücksichtnahmen selten mehr von ihm zu hören war.
Jürgen Eick hat unter dem Thema „Sozialer Eintopf" in seinem Leitartikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 17. Mai, den wir nachfolgend abdrucken, die vom Kanzler gegebenen Stichworte aufgegriffen, und ebenso unverblümt wie dieser, die gefahrdrohende innenpolitische Situation der Bundesrepublik und die ins Verhängnis führende Entwicklung, in die wir hineinzuschlittern drohen, brillant und eindringlich geschildert.
Es muß erkannt werden, daß bloße Appelle zugunsten des Allgemein-Interesses und gegen die massiven Interessen zahlenmäßig starker Gruppen nichts auszurichten vermögen. Es gilt heute auch einzusehen, daß parlamentarische, d. h. Mehrheitsentscheide, die nicht auf Grund von Sach- und Fachkenntnis, sondern eben durch Interessenverquickungen zustande kommen, mit nahezu absoluter Gewißheit der „Würde des Menschen" — (Grundgesetz Art. 1, Abs. 1) entweder aller oder größerer oder kleinerer Gruppen — widersprechen und die eigentlich verfassungswidrig und damit nichtig wären. Die vom Kanzler in Godesberg und von Jürgen Eick in seinem Leitartikel gegeiselten Mißstände beruhen aber durchweg auf solcherart interessenbedingten Bundestagsbeschlüssen. Red.

Wenn sich der Bundeskanzler in seiner Rede bei der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft über die Interessenvertreter nicht weniger ergrimmt zeigte als über die Bundestagsabgeordneten, die sich zum Wortführer solcher Gruppen machten — Erhard nannte das „doppelt verwerflich" —, so wird ihm kein Mensch widersprechen können. Innenpolitik scheint heutzutage nur noch ein Thema zu haben: Wer kriegt was? Oder von der Opposition aus gesprochen: Was versprechen wir wem? Eine Nation degradiert sich so zu einem Haufen von Interessentengruppen, die sich auf eine einzige Forderung versteift zu haben scheinen: Wir wollen mehr. Die Parteien liefern das Spiegelbild. Aus lauter Angst, diesen oder jenen Interessentenverein im Wahljahr zu enttäuschen oder gar zu verärgern, werden alle möglichen Wünsche erfüllt oder wird ihre Erfüllung versprochen.

Die Arbeitnehmerflügel in den Parteien sind im Wahljahr besonders mächtig, weil sie der Zahl nach riesige Wählergruppen repräsentieren oder, besser gesagt, zu repräsentieren meinen. An Forderungen fehlt es nicht. Und gefordert wird immer von anderen, vor allem vom Staat; wenn das nicht geht, sollen andere zahlen, etwa die Sozialversicherungen oder die Arbeitgeber. Jedesständigkeit und Eigenverantwortung des Individuums zurück und fördert den Kollektivismus. Bundeskanzler Erhard hat völlig recht, wenn er sich dagegen aufbäumt; wieder an Boden gewonnen hat. Jede Mark mehr, die irgendeiner Gruppe zugeschustert wird, kommt aus Eintopfkassen, drängt die Selbmal wenn irgendeiner Gruppe das Maul gestopft wird, kann man wetten, daß damit der Moloch Staat man würde nur wünschen, seine Wahlstrategen würden mehr auf ihn hören statt umgekehrt.

Die Bundesrepublik verdankt ihren glanzvollen Sturmflug zur zweitgrößten Handelsnation der Welt einer entschlossenen Hinwendung zu einem neuen Liberalismus, zu marktwirtschaftlicher Freiheit, zu Unternehmerwettbewerb und Selbstverantwortung des Individuums. Eine der historischen Überraschungen nach dem Kriege war die radikale Abwendung der deutschen Politik von allen Formen des Kollektivismus, von dem die Bevölkerung bis 1948 genug genossen hatte. Soviel Staat wie unvermeidlich, soviel individuelle Selbstverantwortung und

Freiheit wie nur irgendmöglich — das war das Erfolgsrezept dieses Landes.

Was wir nun praktizieren, ist das Gegenteil. Offensichtlich können wir gar nicht genug Staat haben. Das Individuum und seine Selbstverantwortung ist etwas für Festreden, in der parlamentarischen Praxis aber ist es untergebuttert. Hier huldigt man im Grunde Zwangsvorstellungen, die hinter dem Eisernen Vorhang perfekt entwickelt sind. Das Individuum ist dumm und unmündig. Es ist ein Untertan, der vom Vater Staat an die Hand genommen werden muß, da es sich sonst wie ein Kind benimmt. Es empfängt alles aus dem großen Eintopf: Sparbücher, Kindergeld, Altersrenten, Pennälergehalt, Krankengeld, Schwangerschaftshilfe und womöglich gar Studentengehalt. Hier werden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Je größer der allgemeine Wohlstand, je mehr sich der finanzielle Bewegungsspielraum des einzelnen erweitert, um so mehr soll er auch noch aus der Staatskasse unterstützt werden.

Vor allem wird die Zahl derjenigen, die sich in eigener Selbstverantwortung ihr Leben zimmern, ständig zugunsten der Kollektiv-Versorgung dezimiert. Nun sind wir also schon so weit, daß Angestellte bis zu einem Gehalt von 1800 DM im Monat in die staatliche Zwangsversicherung müssen. Wenn sie das freiwillig tun, wäre dem gar nichts entgegenzuhalten. Aber der Staat befiehlt, daß es so zu sein habe. 400 000 Angestellte zurück ins Joch der Zwangsversicherung, klingt es nicht wie eine Jubelmeldung? Selbstverständlich kann man das Dilemma der Sozialversicherungen nicht übersehen, nachdem die dynamische Rente eingeführt worden ist. Aber man muß die Dinge auch im Gesamtzusammenhang sehen, und das Ergebnis ist beschämend. Wir fördern nicht das Individuum; die Kollektiv-Versorgung marschiert statt dessen mit dröhnenden Kommißstiefeln.

Die geheiligten Grundsätze dieser sogenannten Sozialpolitik bestehen vor allem darin, daß der einzelne irgendeinen Kollektiv-Dauerbeitrag zu leisten hat, daß aber jede finanzielle Selbstbeteiligung im Einzelfall als unzumutbar gilt. Deshalb haben wir auch heute noch nicht die leiseste Form der Kosten-Selbstbeteiligung bei der sozialen Krankenversicherung. Die auch von Kreisen der CDU energisch betriebenen Versuche, bei dem Vermögens-Bildungsgesetz für Arbeitnehmer eine eigene Sparleistung des Arbeitnehmers vorzusehen, scheiterten an der Phalanx der Sozialpolitiker jenes Typs und der Wahlstrategen. Selbst der Gewerkschaftsführer Leber hatte für seinen Vorschlag zur Vermögensbildung einen eigenen Beitrag der Arbeitnehmer zur Voraussetzung gemacht. Aber die Parlamentarier hielten geschlossen das geschenkte Sparbuch für das staatsbürgerlich weitaus Bessere. Sparbücher, die vom Himmel regnen, werden keinen Menschen zu selbständiger, in eigener Regie betriebener Vermögensbildung anregen. Im Gegenteil, man sieht, es geht auch so. Laß also doch die anderen für mich sparen!

Wir haben es hier schon oft gesagt und werden nicht müde, es weiter zu tun: Diese sozialpolitischen Gaben aus der Hand des Gesetzgebers zahlen wir letztlich alle selbst; direkt durch Steuern und höhere Beiträge zur Sozialversicherung, indirekt durch höhere Preise. Wie hoch die Nation eines Tages belastet sein wird, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Im Wettbewerb auf den Weltmärkten läßt sich jedenfalls die sozialpolitisch und wahltaktisch motivierte Kostenlawine, die auf die Wirtschaft zurollt, nicht über die Preise abgelten. Höhere Kosten gleich geringere Wettbewerbsfähigkeit und geringere Wettbewerbsfähigkeit gleich weniger Absatz —

diese Gleichungen sind in Kraft. Am Ende könnten rückläufige Beschäftigung, des weiteren gar Arbeitslosigkeit folgen. Wir hören schon den Einwand, es ist ja so lange gut gegangen. Zugegeben. Aber kein Realist kann bezweifeln, daß es einen Punkt gibt, an dem die Kostenbelastung der Unternehmen zum Ruin der Volkswirtschaft führen kann. Wenn schon der individuelle Freiheitsverlust heute viele Sozialpolitiker nicht mehr schert, so sollten diese Überlegungen wenigstens zu einem großen Halt raten. Eine nicht florierende Wirtschaft ist sozialpolitisch die allergrößte Katastrophe. Bei jeder vielleicht gut gemeinten Maßnahme, die Staat und Wirtschaft neue Kosten aufbürdet, muß bedacht werden, das solche Zugeständnisse nie mehr rückgängig gemacht werden können. Von dieser Verantwortung würde man gern etwas mehr spüren; sowohl bei denen, die fordern, wie bei denen, die aus Wahltaktik Zugeständnisse für die Ewigkeit machen.

*

Jürgen Eick

Seminar für freiheitliche Ordnung
*der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.**

18. Tagung

die diesjährige Sommertagung findet
vom 31. Juli bis 9. August 1965
in der Bauernschule
in Herrsching am Ammersee statt.

Die Unteilbarkeit der Freiheit

*Sitz: Sobernheim (Nahe), Bahnhofstr. 6, Telef. (06751) 835

In der heutigen Zeit, in der der Begriff „Integration" zu einem Schlagwort zu werden droht, erscheint es angezeigt, die Prinzipien, unter denen der Mensch zu Gemeinschaften und Gemeinwesen zusammenwächst, „*integriert*" werden kann, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Man spricht von der Integration der europäischen Völker in einem geeinten Europa, oder — im wirtschaftlichen Bereich — von der Integration des Menschen im Betrieb. Man empfindet die Notwendigkeit einer Überwindung des destruktiven: „desintegrierenden", jeden sinnvollen menschlichen Zusammenhang und jede gesellschaftliche Bindung negierenden modernen Pluralismus. Dabei kann festgestellt werden, daß Integration durchaus nicht gleichzusetzen ist mit uniformer Einheitlichkeit und kollektivem Zentralismus. Im Gegenteil. *Unter Integration versteht man* Einheit bei zugleich größter Mannigfaltigkeit und Selbständigkeit der Glieder. Die Frage ist jedoch noch immer nicht mit genügender Überzeugungskraft beantwortet worden, wie die Rechtseinrichtungen beschaffen sein müssen, wenn der destruktive Pluralismus überwunden werden soll, ohne den Anspruch des Menschen auf individuelle Lebensgestaltung und selbstverantwortliche gesellschaftliche Entscheidung zu gefährden. Hier nun setzt unser Thema ein. Es gilt nachzuweisen, daß Freiheit und Integration keine Gegensätze *sind; daß Freiheit unteilbar* ist und gerade Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens möglich sind unter denen volle Autonomie des Menschen überhaupt erst möglich ist.

Bei dieser Tagung werden die Fragen der Wirtschaftsordnung von Grund auf behandelt werden, so daß eine hinreichende Einführung in die Probleme der modernen Wirtschaft gegeben wird. Diese Einführung ist unerläßlich für das Verständnis der übrigen Bereiche der Sozialordnung, insbesondere auch der noch völlig unbewältigten Probleme der Kulturordnung. Das Verständnis für die Interdependenz der Ordnungen setzt das Verständnis der Wirtschaft voraus. Das Interdependenzproblem wird in dem von Eckhard Behrens angekündigten Vortrag „Wirtschafts- und Kulturpolitik in einer föderalistischen Ordnung" behandelt werden. Auf der Grundlage der Einführung in die Wirtschaftsordnung soll auch die „soziale Frage" im engeren Sinne, d. h. die Überwindung des Warencharakters der Arbeitskraft, den sie durch das Lohnverhältnis erhält, besprochen werden. Die Dauervollbeschäftigung wird bewirken, daß der Arbeiter von einem Mietling zu einem freien Gesellschafter und somit echten Mitarbeiter des Unternehmers wird, ohne daß er die Risiken eines Mitunternehmers auf sich nehmen müßte.

Wir laden Sie herzlich ein, bei der Lösung dieser wichtigen Aufgabe mitzuwirken, indem Sie die 18. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 31. Juli bis 9. August 1965 in Herrsching am Ammersee besuchen.

Bitte halten Sie die Tage von 31. Juli bis 9. August 1965 für den Besuch der Tagung frei und machen Sie auch Ihre Freunde darauf aufmerksam. Programme stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wegen des großen Andranges während der Hauptreisezeit **melden Sie sich bitte schon jetzt,** jedenfalls aber möglichst bald **an.**

PROGRAMM

Samstag 31. 7. 65	16 Uhr	*Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim/Brenz* Eröffnung, Begrüßung
	16.30—17.45 Uhr	*Fritz Penserot, Kirn (Nahe)* **Prinzipien freiheitlicher Politik**
	18.00—19.00 Uhr	Gemeinsames Abendessen
	20 Uhr	*Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim/Brenz* **Die unteilbare Freiheit**
		Diether Vogel, Sobernheim (Nahe) **Die Gegenwartsprobleme im Lichte der neueren Geschichte**
Sonntag 1. 8. 65	9.00—10.00 Uhr	*Dipl.-Math. Hermann Bauer, Ulm* **Collegium logicum** Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15—12.00 Uhr	Die Währungsverfassung als wirtschaftliche Grundlage einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung (I. II. III. IV. V. VI.)
		I. *Ob. Verw. Rat Heinz-Peter Neumann, Berlin* **Währung und Verfassung**
	12.00—16.00 Uhr	Mittagessen und Mittagspause
	16.00—17.45 Uhr	II. *Dipl.-Ing. Hans Hoffmann, Bern* **Die Frage nach dem optimalen Wirtschaftssystem — Planwirtschaft oder Marktwirtschaft** (Seminar)
	18.00—19.00 Uhr	Pause für Abendessen
	20.00 Uhr	*Berthold Wulf, Zürich* **Goethes Faust als Erkenntnis- und Freiheitsdrama** (I. II. III. IV.)
Montag	9.00—10.00 Uhr	Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15—12.00 Uhr	*Eckhard Behrens, Frankfurt/Main* III. **Wirtschafts- und Kulturpolitik in einer föderalistischen Ordnung**
	16.00—17.45 Uhr	IV. *Dipl.-Ing. Hans Hoffmann, Bern* **Freiheit und Zwang im Einflußbereich der Produktions- und der Verteilungsfaktoren** (Seminar)
	20.00 Uhr	*Ministerialdirigent a. D. Dr. Werner Füßlein, seither im Innenministerium in Bonn* **Die menschlichen Wertordnungen als Ausdruck der allgemeinen Seinsordnungen**
Dienstag	9.00—10.00 Uhr	Erkenntnistheoretisches Seminar
	10.15—12.00 Uhr	*Heinz Eckhoff, Heidenheim/Brenz* **Ordnungsformen der Kultur in der Geschichte**
	16.00—17.45 Uhr	V. *Dipl.-Ing. Hans Hoffmann, Bern* **Die Lehre vom Geld und von der Währung** VI. **Die Währungsordnung in der liberalen Wirtschaft** (Seminar)

	20.00 Uhr	*Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, München* **Jenseits von Macht und Anarchie**
Mittwoch 4. 8. 65	9.00—9.45 Uhr	*stud. rer. pol. Gawan Vogel, Frankfurt/Main* **Über die Notwendigkeit der philosophischen Begründung der Wissenschaften**
	10.00—11.00 Uhr	*stud. phil. Thomas Mies, Münster/Westfalen* **Die drei Gerechtigkeiten des Thomas von Aquino**
	11.00—12.00 Uhr	*Referendar Claus Plücken, Bonn* **Das Menschenbild des dialektischen Materialismus — und die Grundursache des West-Ost-Konfliktes**
		Ausflug
	20.00 Uhr	*Berthold Wulf, Zürich* II. **Goethes Faust**
Donnerstag 5. 8. 65	9.00—10.00 Uhr	*cand. jur. Hermann Hummel, München* **Das richterliche Prüfungsrecht für pädagogische Entscheidungen**
	10.15—12.00 Uhr	*Assessor Rainer Junghans, München* **Die Zukunft der Demokratie**
	16.00—17.45 Uhr	*Prof. Dr. Ernst Winkler, München* *Eckhard Behrens, Frankfurt* **Grundprinzipien der freiheitlichen Wirtschaftsordnung**
	20.00 Uhr	*Prof. Dr. Erwin Stein, Richter am Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe* **Die Kulturpolitik der Länder vom Gesichtspunkt der Verfassung**
Freitag 6. 8. 65	9.00—10.00 Uhr	*Dr. Lothar Vogel, Ulm* **Menschenkunde im Hinblick auf das Naturrecht**
	10.15—12.00 Uhr	*Eckhard Behrens, Frankfurt/Main* **Das Arbeitsverhältnis in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung** (I. II. III. IV. V.)
	16.00—17.45 Uhr	II. *Dr. Joachim Arndt, M. A., Köln* **Zur Lage der unternehmerischen Freiheit in der demokratischen Ordnung**
	20.00 Uhr	Geselliger Abend
Samstag	9.00—10.00 Uhr	**Menschenkunde** (Seminar)
	10.15—12.00 Uhr	*III. Eckhard Behrens, Frankfurt/Main* **Das Arbeitsverhältnis in der freiheitlichen Wirtschaftsordnung**
	16.00—17.45 Uhr	IV. *Oberingenieur Walter Zellmer, Heidenheim* **Strukturfragen des modernen Industriebetriebes in der sozialen Marktwirtschaft**
	20.00 Uhr	*Berthold Wulf, Zürich* III. **Goethes Faust**

Sonntag	9.00—10.00 Uhr	**Menschenkunde** (Seminar)
	10.15—11.00 Uhr	*stud. iur. Volker Erbes, Tübingen* **Die Idee der Rechtsphilosophie**
	11.00—12.00 Uhr	*Dipl.-Volkswirt Peter Weinbrenner, Universität Köln* **15 Jahre Streit um die Wirtschaftsverfassung Eine Analyse**
	16.00—17.45 Uhr	V. *Werner Hahn, Dipl.-Ing. Heidenheim/Brenz* **Die Meisterposition in der Konjunkturphase der Vollbeschäftigung — Heute und Morgen**
	20.00 Uhr	*Berthold Wulf, Zürich* IV. **Goethes Faust**
Montag 9. 8. 65	9.30—10.30 Uhr	**Zusammenfassendes Forumgespräch**
	10.15—12.00 Uhr	*Dr. Lothar Vogel, Ulm (Donau)* **Abschlußvortrag**
	10.45 Uhr	*Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim/Brenz* **Verabschiedung** Abreise nach dem Mittagessen Änderungen vorbehalten!

Durch Terminschwierigkeiten der Referenten bedingt, konnten die Themen leider nicht immer in sinngemäßer Reihenfolge gruppiert werden.
Die starke Betonung der Interdependenz-Idee macht jedoch die organischen Zusammenhänge der sozialen Gesamtordnung deutlich sichtbar.

Ort der Tagung: Herrsching am Ammersee in der Bauernschule, Telefon: 08 186/241

Tagungsbüro ab Samstag, 31. Juli, 10 Uhr, Anreise über Augsburg oder München.

Unterbringung: in der Bauernschule zu günstigen Preisen.

Zeltplätze sind vorhanden.
Darüber hinaus **weitere Schlafgelegenheiten** (gratis) im Gemeinschaftszelt des Seminars. (Dann Luftmatratze, Schlafsack und Decken mitbringen).

Verpflegung: Die Mahlzeiten können preiswert in der Bauernschule eingenommen werden.

Tagungsbeitrag: Der Kursbeitrag beträgt für Erwachsene 20,— DM, Studenten die Hälfte, Zuschüsse und Reisekostenausgleich sind in Bedarfsfällen möglich.

Auskünfte und Anmeldungen — Seminar für freiheitliche Ordnung, 6553 Sobernheim/Nahe, Bahnhofstr. 6, Telefon 06 751/835.

Übersicht über die in „Fragen der Freiheit" seither behandelten Themen:

Die kursivgedruckten Themen behandeln schulrechtliche Probleme.

Folge 1: (vergriffen) *Die Krisis des Erziehungswesens - Freiheit der Kultur — eine dringende Forderung der Gegenwart - Gedanken zur freien Erwachsenenbildung*

Folge 2: (vergriffen) *Schule und Staat - Die Schule als Politikum - „Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur*

Folge 3: *Ungehinderter Zugang für alle zu den Bildungsgütern* - Bewußtseinsstufen des Menschen

Folge 4: An der Schwelle des Atomzeitalters - Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen - Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie; *„Forderungen an unser Bildungssystem"* - An die sich verantwortlich Fühlenden

Folge 5: *Staatliche oder freie Erziehung* - Denkmethode und Sozialpolitik

Folge 6: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar ..." - Über Notwendigkeit und Möglichkeit einer freien Erziehung* - Erste Arbeitstagung eines Sozialpolitischen Seminars

Folge 7: Freiheit — Illusion oder Wirklichkeit - Die funktionalen Zusammenhänge in der sozialen Gesamtordnung - Die neue Weltmacht

Folge 8: *Grundgesetz und Schulrecht - Apercus zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 des Grundgesetzes* - Möglichkeiten einer evolutionären Umgestaltung unserer Sozialordnung - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Bericht über das zweite Sozialpolitische Jugendseminar - *„Freiheit, Bindung und Organisation im Deutschen Bildungswesen"* - Brief aus USA

Folge 9: Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode - Die freie Welt in der Sackgasse? Gedanken zum kalten Krieg - Alexis de Tocqueville — Zu seinem 100. Todestag (16. April 1859) - Brief aus USA

Folge 10: *Die Verantwortung der Soziologie: I. Das Problem - II. Freiheitliche Ordnung oder Massengesellschaft? - III. Die Ordnung der Herrschaftslosigkeit - IV. Das Bildungswesen in der freiheitlichen Gesamtordnung* - Pierre Joseph Proudhon — Zu seinem 150. Geburtsjahr

Folge 11: Die funktionsfähige Währung - Die Goldwährung - Der Ursprung des Geldes im Mythos - Berichte über die dritte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung — *Schulrechtsdiskussion* — In Memoriam Hans Bernoulli

Folge 12: Friedrich Schiller — Zu seinem 200. Geburtstag - *Die Problematik des gegenwärtigen Schul- und Erziehungswesens - Bildungsplan oder freie Erziehung? — Die Schulrechtsdiskussion*

Folge 13: Die Grundfragen der abendländischen Philosophie bei Aristoteles - *Freiheit der Erziehung, Freiheit der Kultur* - Was ist die äußere Freiheit des Menschen und wie verwirklicht man sie? - *Demokratie und* Wirtschaftsordnung

Folge 14: (vergriffen) *Grundgesetz und Schule - Schulpflicht - Das Elternrecht und die Freiheit der Lehre — Die Schulrechtsdiskussion*

Folge 15: Staat — Wirtschaft — Erziehung: Das Wesen des Staates / Die Urformen der Wirtschaft / *Das Ziel der Erziehung*

Folge 16: Gedanken zum Tag der deutschen Einheit 1960 - Demokratie und Sozialversicherung - Das Trinitätsgesetz im Lichte von Goethes Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie - Zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Alexander Rüstow, - Gedanken aus Österreich — *Die Schulrechtsdiskussion*

Folge 17: Das Systemprogramm des deutschen Idealismus (Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Frühjahr 1796) — Die Freiheitsfrage, an die Leser der „Fragen der Freiheit" — Goethes Kunstanschauung — *Schulrechtsdiskussion — Neue Schulgesetzentwürfe in Hessen*

Folge 18/19: Stirner — Die Idee des Abendlandes: vom Hellenentum zum Goetheanismus — Sozialismus — *Schulrechtsdiskussion*

Folge 20: Individualität und Sozialerkenntnis — Der Goetheanismus als Schlüssel zum Verständnis der sozialen Frage — Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde

Folge 21: Der 6. März 1961, Gedanken zur Aufwertungsdebatte — Über die Goetheanistische Erkenntnismethode — In memoriam Alexander Meier-Lenior — *Elternrecht und staatliche Subventionierung der Erziehung an freien Schulen* — Der funktionsfähige soziale Organismus — Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde. Die Wirtschaft.

Folge 22: Merits and pitfalls in „Foreign aid", Vor- und Nachteile der Entwicklungshilfe — Der Mensch im Lichte der Goetheanistischen Erkenntnismethode — *Zur Finanzierung freier Schulen* — Der funktionsfähige soziale Organismus — Das Gesetz von Polarität und Steigerung, angewandt in der Gemeinschaftskunde. Das Geld.

Folge 23: *Das Elternrecht und das deutsche Bildungswesen — Der Förderalismus und das deutsche Bildungswesen — Das Primat der Kultur im sozialen Organismus — Wer erzieht unsere Kinder?*

Folge 24: Der Ost-West-Gegensatz als Schicksal und Aufgabe — Utopie oder Wirklichkeit — Beitrag zur Bodenrechts-Diskussion — *Staatliches Bildungswesen.*

Folge 25: (vergriffen) Vom Wesen der Arbeit. Eine sozialpädagogische Studie — Neue Wege freiheitlicher Politik. Die gegenwärtige Situation der freiheitlichen Bewegung und ihre Chance — Grundrechte und Naturrecht — Über Partnerschaft in der Wirtschaft — *Freiheit der Erziehung und Kultureinheit.* Brief an einen Soziologen — *Die Grundsätze des freien Kulturlebens — Die Kulturpolitik in den Wahlprogrammen.*

Folge 26: Was verstehen wir unter „freiheitlicher Ordnung" von Wirtschaft, Staat und Kultur und wodurch ist diese freiheitliche Ordnung funktionsfähig? — Über die sittliche Haltung im Wirtschaftsprozeß — *Die Einführung der Reifeprüfung.*

Folge 27: Zur Biographie eines Freiheitssuchers — *Zehn Millionen Schulprogramme.* Über die Notwendigkeit der Freiheit des Erziehungswesens — Max Stirner, der Ich-Philosoph — Ein Individualist — Ist Vollbeschäftigung bei zugleich fixen Wechselkursen und stabilem Geldwert möglich?

Folge 28: Veni creator spiritus — Gedanken zum fünfjährigen Bestehen der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" — Konjunkturpolitik am Scheidewege — Partnerschaft. Gedanken zur Neuordnung des Arbeitsverhältnisses — Der Schwarze Dienstag.

Folge 29: Die Idee der Gerechtigkeit bei Thomas von Aquino — Die Idee der Gerechtigkeit im Hinblick auf das Ost-West-Problem — Berichte über die 12. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung — *Aus einem Brief, betreffend Schulpolitik* — Die Quadratur des Kreises. Betrachtungen zur konjunkturpolitischen Lage — Die Politische Gemeinschaftskunde.

Folge 30: (vergriffen) Von der Grundrente und ihrer Heimholung — Inflation oder Krise? — Starre und Offenheit im deutschen Bildungssystem — Koexistenz bis aufs Messer — *Die politische Gemeinschaftskunde* . Der Staat.

Folge 31: **Friede auf Erden — Was verstehen wir unter Freiheit? — Erkenntnisfrage — Schicksalsfrage — Stufen der Goethe'schen Erkenntnisart —** *Die Politische Gemeinschaftskunde*

Folge 32 Das Arbeitsverhältnis als betrieblich-ökonomisches, sozialrechtliches und ordnungspolitisches Problem — Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart — Wo bleibt die Krise? — *Die politische Gemeinschaftskunde, Die Wirtschaft* — Bericht über die 13. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung.

Folge 33: Grundgesetz und freiheitliche Ordnung von Wirtschaft, Staat und Kultur — Neuordnung des Arbeitsverhältnisses durch betriebliche Partnerschaft, eine dringende Forderung der Gegenwart — Wie soll es weitergehen? — Europas politisches Gewicht — Der Preis ist zu hoch — Bilanz der Bundesbank — *Die politische Gemeinschaftskunde.*

Folge 34: *Die Privatschulfreiheit im Bonner Grundgesetz — Versuch über einige theoretische Grundfragen der Schulpolitik*

Folge 35: *Mitbeteiligung der Eltern im Schulwesen* — Jenseits von Macht und Anarchie — Die Sozialordnung der Freiheit — Zur politischen Lage - Sommer 1963 — *Die politische Gemeinschaftskunde — Die Kultur*

Folge 36: Hoffnung auf die Erhaltung der Freiheit — Die Erhaltung der Freiheit - Europas philosophische und ordnungspolitische Aufgabe — Arbeitsgemeinschaft für Verfassungsrecht.
Die politische Gemeinschaftskunde, Wissenschaft, Kunst, Religion.

Folge 37: Die zentrale Idee der abendländischen Kultur — Phänomenologie der Erkenntnis — Soziologische Fragen — Über Verfassung und demokratische Volksvertretung — *Die politische Gemeinschaftskunde — Die Entwicklung der Sozialordnung in der Geschichte — Der Gottesstaat.*

Folge 38: Lösung der Bodenfrage im Sinne des Privateigentums und der Sozialen Marktwirtschaft — Zur Konjunkturpolitik — *Die politische Gemeinschaftskunde — Griechenland — Rom.*

Folge 39: In Memoriam Otto Lautenbach — Aus dem Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit — Zur Frage der Geldwertstabilität — Zur Währungspolitik.

Folge 40: Nicolaus von Cues — Individualismus, Kollektivismus und freie Gemeinschaftsbildung — *Die Erziehung zur Menschenwürde - Naturrecht des Kindes — Politische Gemeinschaftskunde — Die Kultur der germanischen Völker.*

Folge 41: Berthold Wulf — Thomas von Aquino und der Kampf um die Wirklichkeit der Ideen — Was heißt Philosophieren? Was Philosophie nach Thomas von Aquino zu leisten imstande, und inwiefern die Ordnung der Gesellschaft auf diese Leistung angewiesen ist — Haben wir das Problem der wirtschaftlichen Dauerkonjunktur gelöst? (Ein Diskussionsbeitrag) — Politische Gemeinschaftskunde — *Das Zeitalter des Humanismus, der Renaissance und der Reformation.*

Folge 42: Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Erwin Stein — Über die Verantwortung des Gesetzgebers. Wie sollten Gesetze aussehen? — *Problematik der staatlichen Anerkennung von Privatschulen vor dem Bundesverfassungsgericht. Zum Anspruch der freien Schulen auf eigene Prüfungen — Das Menschenbild als Inhalt der naturrechtlichen Forderung nach kultureller Freiheit — Politische Gemeinschaftskunde — Das Zeitalter des Fürstenabsolutismus und der französischen Revolution.*

Folge 43: Berthold Wulf — Aristoteles und der Kampf um das Denken des Seins — Grundsätze freiheitlicher Politik — Professor Dr. Dr. h. c. Hans Carl Nipperdey 70 Jahre — Der Genossenschaftsgedanke in Israel — Fixe oder flexible Wechselkurse? — In memoriam Ernst Knoll — 18. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. vom 31. Juli bis 9. August 1965, in Herrsching/Ammersee.

Beim *Sammelbezug* aller bis jetzt erschienenen noch lieferbaren Folgen „Fragen der Freiheit" wird der Druckkostenpreis pro Heft auf 1,70 DM ermäßigt.

JENSEITS VON MACHT UND ANARCHIE

Die Sozialordnung der Freiheit

VON DR. HEINZ-HARTMUT VOGEL, HEIDENHEIM

1963. 156 Seiten. Kartoniert DM 24,–, Leinen DM 27,– Verlags-Nr. 051020

Zweierlei dürfte neu an diesem Beitrag zur Ordnungssoziologie sein: Die längst fällige erkenntnistheoretische Rechtfertigung des Freiheitsanspruches des Menschen und die konsequente *ordnungspolitische* Anwendung der so gewonnenen Grundsätze auf die Gebiete des wirtschaftlichen, staatlichen und kulturellen Lebens. Der Verfasser behandelt das Thema ganz vom Grundsätzlichen her. Zugleich gewinnt jedoch das bei aller Knappheit der Darstellung flüssig geschriebene Buch insofern höchst aktuelle Bedeutung, als es die tieferen Ursachen der historischen und gegenwärtigen Spannungen zwischen der kollektivistischen Gesellschaftsideologie und dem traditionellen Liberalismus aufzeigt und Lösungen zu ihrer Überbrückung anbietet. Wer die soziologischen – auch die kultursoziologischen – Fragen unserer Zeit mit wachem Blick verfolgt und sich um die zukünftige Gestaltung der Lebensverhältnisse sorgt, wird mit Interesse nach dem Buch greifen.

WESTDEUTSCHER VERLAG · KÖLN UND OPLADEN

Bezugspreis: Zwecks Vereinfachung der Buchhaltungsarbeit werden die Leser von „Fragen der Freiheit" gebeten, wenn möglich, den Bezugspreis jeweils für mehrere Folgen zu übersenden. Besten Dank!

Dieser Folge 44 liegt das Programm der **18. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung** bei, die vom **31. 7. bis 9. 8. 1965** in der Bauernschule in **Herrsching am Ammersee** stattfindet, welches wir Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Falls Sie selbst keinen Gebrauch davon machen können, geben Sie es bitte an Freunde oder Bekannte weiter, von denen Sie annehmen, daß sie Interesse an dieser Tagung haben können. Besten Dank!

Die Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" erscheint als privater Manuskriptdruck etwa sechsmal im Jahr, und zwar im Februar, zu Ostern, zu Pfingsten, im Juli, im Oktober und zu Weihnachten. Sie verbindet die Freunde des „Seminars für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur" (Sitz: 6553 Sobernheim/Nahe, Bahnhofstraße 6) miteinander. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Bezugspreis ist so bemessen, daß sich die Herausgabe der Schriftenreihe gerade selbst trägt.

Herausgeber: Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm/Donau, Römerstraße 97

Bezugspreis für das Einzelheft DM 2.40

Bezug: „Fragen der Freiheit", 6553 Sobernheim-Nahe, Bahnhofstraße 6, Tel. 06751/835

Postscheck: Seminar für Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur EV., Bad Kreuznach, Geschäftsstelle 6553 Sobernheim. Kto.-Nr. 261404 Postscheckkonto Frankfurt am Main.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers

Druck: Jung & Co., Bad Kreuznach, Am Kornmarkt